3. Jahrgang. Nr. 37.

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.", Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Sonntag, 13. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespalten oder deren Raum im Text 6,— Mk.

Die Kommunistenhatz geht weiter.

Ausnahmegericht gegen Kommunisten.

Kassel, 11. Februar. Für den am Montag beginnenden Prozeß gegen die in Westfalen als „Führer" der „Roten Armee" ohne Waffen verhafteten Genossen vor dem Sondergericht des Truppenkommandos II in Kassel sind 14 Tage vorgesehen worden. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Hartmann (Kassel), der bereits im ersten Prozeß des Sondergerichts den Vorsitz führte, der sich auf Mitglieder eines „Wanderklubs" in Düsseldorf erstreckte, die freigesprochen werden mußten. Dieser Prozeß spielt in den jetzigen hinein. Angeklagt sind die Genossen Friedrich Harbich, Max Klingmüller, Alfred Schröer, Wilhelm Zeiser, Ernst Lohagen, Wilhelm Küster. Die ersten sechs Angeklagten befinden sich in Kassel in Untersuchungshaft. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt:

1. **Personen zu einem Verbande militärischer Art zusammengeschlossen zu haben;**
2. **einem Verbande militärischer Art angehört zu haben;**
3. **Angehörige der Reichswehr und der staatlichen Polizei zum Ungehorsam mit vereinigten Kräften gegen die Anordnung der zuständigen Behörden aufgefordert zu haben.**

Ferner wird den Angeklagten zur Last gelegt, daß sie danach gestrebt haben, Anhänger für die Rote Armee zu gewinnen, um auf die staatlichen Verbände zersetzend zu wirken. Die Akten über die Voruntersuchung machen lange Bände aus, deren Verlesung einen großen Raum der Verhandlungen einnehmen wird.

Kommunistenprozeß in Essen.

Essen, 11. Februar. Vor dem Essener Schwurgericht nahm heute der große Kommunistenprozeß seinen Anfang, in welchem 15 Arbeiter wegen ihrer Teilnahme an den Kämpfen während des Kapp-Putsches unter Anklage stehen. In einigen Fällen lautet die Anklage auf Mord.

Zu Beginn der Verhandlung beantragt Rechtsanwalt Obuch Vertagung, und begründete den Antrag damit, daß der Verteidigung nicht genügend Zeit gelassen worden sei, die sechzehn Bände Anklageschrift zu studieren. Der Antrag wurde abgelehnt. Weiterhin beantragte die Verteidigung, sämtliche Richter des Essener Landgerichts sowie die Geschworenen wegen Befangenheit abzulehnen. Ueber diesen Antrag wird zur Stunde noch verhandelt.

Die Kommunistenjagd in Mitteldeutschland.

Nachdem sich die ganze „Staatsaktion" gegen die Kommunisten in Naumburg, Altenburg und Bad Kösen als ein Schlag ins Wasser herausgestellt hat, und man die verhafteten Arbeiter bis auf einen wieder in Freiheit gesetzt hat, sollte man meinen, daß die Staatsanwälte genug an dieser Blamage hätten. Aber as Hirngespinst von der „Roten Armee" und von „kommunistischen Waffenlagern" scheint die Staatsanwälte nicht ruhen zu lassen.

So entwickelt auch in Bernburg die Polizei eine fieberhafte Tätigkeit. Am Mittwoch vormittag gegen 11 Uhr erschien im Sekretariat der V.K.P.D. in Bernburg ein Polizeiaufgebot von sieben Mann, um nach „Schlachtplänen der Roten Armee" zu forschen. Nach verrichteter Arbeit wurde die Wohnung des Genossen Böttger einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Gefunden wurde nicht das geringste. Die „Erfolge" des Naumburger Staatsanwaltes verursachten scheinbar der anhaltischen Staatsanwaltschaft Alpdrücken, und so begann man eine frisch-fröhliche Hatz. Alte Genossen fühlten sich unmittelbar in die Zeit des Sozialistengesetzes zurückversetzt. **Auch bei dem Genossen Haar, dem Angestellten des Verbandes der Maschinisten und Heizer, wurde Haussuchung gehalten, und zwar auffallenderweise nur in seinem Büro, während man die fünf anderen Gewerkschaftsbüros, die sich im gleichen Hause befinden, unbehelligt ließ. Nachdem noch eine Reihe anderer bekannte Genossen mit einer Haussuchung beglückt worden waren, ging die Reise nach Oberpeißen. Gegend abend kehrte die „Jagdstaffel" mit dem Fuhrwerk des Ortsvorstehers zurück, ohne auch irgendwo nur das geringste gefunden zu haben.** Der Spitzel, der hier seine Hand im Spiel gehabt hat, wird zweifellos von seinen Kollegen im Reich als großer Stümper angesehen werden.

Ein neuer Ententeaufmarsch gegen Sowjetrußland.

Schon seit längerer Zeit war es in politischen Kreisen bekannt, daß die Entente beabsichtigt, mit Hilfe Horthy-Ungarns einen neuen Stoß gegen Sowjetrußland zu unternehmen, und zwar sollte die ungarische Offensive gegen Sowjetrußland über das sogenannte Karpatho-Rußland gehen; das ist die Landschaft im Nordosten des ehemaligen Königreichs Ungarn, die vorwiegend von Ruthenen bewohnt wird und zurzeit zur Tschechoslowakei gehört. Der tschechische Außenminister Benes ist damit einverstanden, unter irgend einer Form Karpatho-Rußland für den Aufmarsch gegen Sowjetrußland freizugeben. Die weiße Armee würde dann über Karpatho-Rußland und Ostgalizien die Grenze Sowjetrußlands erreichen. Unser Reichenberger Bruderblatt, der „Vorwärts", veröffentlicht jetzt eingehende Mitteilungen, aus denen hervorgeht, wie weit diese dunklen Pläne der internationalen Reaktion bereits gediehen sind:

„Große Dinge bereiten sich im östlichen Winkel unserer Republik, in Karpatho-Rußland, vor. Karpatho-Rußland, obwohl nur ein kleines Stückchen Erde, ist heute von der größten Bedeutung für die gesamte europäische Politik. Es stellt die Brücke zwischen Sowjetrußland und den Staaten der kleinen Entente vor. Dort soll das neue Aufmarschgebiet der weißen Garden aller Staaten Mitteleuropas gegen Sowjetrußland sein und Herr Benes, dieser Erzreaktionär, hat sich damit nicht nur abgefunden, sondern er selbst fördert diesen schändlichen Plan durch seine tätige Mithilfe. Er weiß von dem Plane der Entente, Sowjetrußland zu überfallen, und hat seine ganze auswärtige Politik darauf eingestellt."

Schon in wenigen Wochen werden in Karpatho-Rußland die Wahlen in den Landtag stattfinden, die selbstverständlich eine überwiegende Majorität für die Autonomie des Landes mit sich bringen werden. Benes weiß das sehr gut und es paßt ihm außerordentlich gut in seinen Plan. Er wird ohne weiteres dafür sein, daß man den Karpathorussen die Autonomie gibt und es wird ihm nicht schwer fallen, sogar den radikalsten Chauvinisten in Prag von der Notwendigkeit dessen zu überzeugen. Karpatho-Rußland, das ohnehin nur lose mit der Tschechoslowakei zusammenhängt, würde zwar formell mit Ostgalizien einen eigenen Staat bilden, der aber tatsächlich unter polnischer und tschechischer Oberherrschaft stehen würde und in dem der tschechische Kapitalismus in den reichen Oelgebieten Drohobycz und Boryslaw und den Salzwerken von Akna-Slatina noch viel günstigere Ausbeutungsmöglichkeiten hätte, als es jetzt der Fall ist. Von polnischer Seite dürfte dieser Plan kaum auf Widerstand stoßen, denn schon vor kurzer Zeit wurde ein ostgalizischer Nationalrat mit polnischer Bewilligung aufgestellt, der alle Vorbereitungen zur Verwaltung dieses Gebietes trifft. In Karpatho-Rußland selbst ist auch alles schon vorbereitet. Herr Benes hat sich bereits einen ukrainischen Beamtenapparat geschaffen, der gemeinsam mit den tschechischen Beamten die Verwaltung des Landes nach der Gewährung der Autonomie übernehmen soll. Hunderte und hunderte von ukrainischen reaktionären Beamten und Offizieren, die während des Vormarsches der Roten Armee über die Grenze nach der Tschechoslowakei geflohen waren, werden heute schon von der tschechischen Regierung bezahlt, ohne daß sie auch nur die geringste Arbeit leisten. Diese Söldlinge Benes werden die treuesten Diener des tschechischen Kapitalismus bleiben.

Gelingt dieser Plan, dann hat die kleine Entente ihre Grenze bis an die russische Front vorgeschoben, sie hat einen ausgezeichneten Angriffspunkt gegen Sowjetrußland geschaffen.

Und Herr Benes meint es bitter ernst mit seinem verbrecherischen Plan. Das zeigen die Ereignisse, die sich heute in Karpatho-Rußland abspielen. Dieses kleine Ländchen muß heute Zustände erdulden, wie sie während des Krieges nicht schlimmer sein konnten. Horthys Agitatoren treiben dort öffentlich und ungehindert ihr Unwesen und die tschechischen Behörden schauen ihnen tatenlos zu, obwohl ihnen ihre Namen bekannt sind. Es gewinnt den Anschein, als ob man ihre Propaganda gern sähe und sie sogar fördere. Dagegen geht man mit rücksichtslosester Strenge gegen die Arbeiterschaft, die in ihrer überwiegenden Mehrheit kommunistisch gesinnt ist, vor. Das ganze Land ist von Gendarmerie besetzt. Beinahe in jedem Dorfe befindet sich ein Posten und es ist unmöglich, nur von einem Orte zum andern zu gelangen, ohne nicht mindestens einmal von Gendarmen angehalten zu werden. Das ganze Land ist von Spitzeln übersät und die gefährlichsten Spione sind die französischen Offiziere, die heute noch in Kaschau, Uzhorod, Munkaß ihr Unwesen treiben, obwohl die Regierung die

Internationaler Zusammenschluß der Ostrauer Arbeiter.

Prag, 9. Februar. Wie aus Mährisch-Ostrau gemeldet wird, haben dort die tschechischen, polnischen und deutschen Kommunisten in einer Versammlung einmütig beschlossen, eine eigene kommunistische Partei für die Tschechoslowakei ohne Unterschied der Nationalitäten zu gründen und sich der dritten Internationale anzuschließen.

Die Gemeindearbeiter Berlins und der Schiedsspruch.

Berlin, 10. Februar. In einer überfüllten Versammlung der Funktionäre der Gemeindearbeiter wurde gestern abend beschlossen, den gefällten Schiedsspruch zur Annahme zu empfehlen, trotzdem er die Forderungen nur zum Teil erfüllt. Der „sozialistische" Magistrat Berlins hat es durch das monatelange Verschleppen der Verhandlungen erreicht, daß die ausgehungerten Arbeiter, um nicht länger auf die längst fällige Auszahlung der Zulagen warten zu müssen, sich mit einem Teil ihrer berechtigten Forderungen abspeisen lassen müssen. Und selbst dieser Brocken mußte erst ein bürgerliches Schiedsgericht dem sozialistischen Magistrat abfordern.

Hohn.

Keine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die auch von uns gebrachte Meldung, daß eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen sei, wird jetzt durch die „Deutsche Allg. Ztg." folgendermaßen dementiert:

„In der Zeitung „Der Konfektionär" wird mitgeteilt, das Reichsarbeitsministerium habe beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen. Diese Meldung ist auch von der Tagespresse übernommen worden. Die Nachricht ist unrichtig. Es wird zurzeit nicht beabsichtigt, die Unterstützungssätze, die erst am 1. November 1920 an die Bedürfnisse des Winters angepaßt worden sind, weiter heraufzusetzen."

Es ist ein Hohn auf die Not und das Elend der Arbeitslosen, wenn es in dieser offiziösen Erklärung der Regierung heißt, am 1. November 1920 seien die Unterstützungssätze an die Bedürfnisse des Winters angepaßt. Die Arbeitslosen hungern und frieren mit Frau und Kindern.

Arbeitslose und Arbeitende, merkt euch das: Nichts wird euch von selbst bewilligt. Auch die kleinste Kleinigkeit müßt ihr euch erkämpfen. Und dabei mußtet ihr schon erfahren, daß jeder Kampf um eine Verbesserung der Lebenslage von der Regierung und dem Unternehmertum heute zu einem Kampf um Sein oder Nichtsein der kapitalistischen Ausbeutung gemacht wurde. Das ist das Zeichen dafür, daß der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, uns auch nur notdürftig zu ernähren, zu bekleiden und zu behausen.

Schreckt also nicht davor zurück, auch den Kampf um eine bessere Lebenslage zum Kampf um Sein oder Nichtsein des ausbeuterischen Kapitalismus zuzuspitzen, indem ihr euch, Arbeitslose und Arbeitende, zusammenfindet und in Massen aufmarschiert.

Der weiße Terror in Italien.

Einäscherung der Gewerkschaftshäuser.

Triest, 10. Februar. (Agenzia Stefani.) **Wegen der Ermordung eines Karabinieri durch Kommunisten (?) veranstalteten Faszisten vor dem Gebäude der Zeitung „L'Avvenire" Kundgebungen, in deren Verlauf aus dem Gebäude Schüsse (?) auf die Demonstranten abgegeben wurden. Ein Polizist und zwei Faszisten wurden verletzt. Die Polizei ließ das Haus räumen und verhaftete die Redakteure und die Angestellten des Blattes. Das Haus wurde von den Faszisten in Brand gesteckt.**

Einer Meldung des Blattes Sutro aus Triest zufolge ist dort eine Gruppe italienischer Nationalisten in die slowenische Druckerei Edinost eingedrungen, hat die Einrichtung und die Druckmaschinen zertrümmert und die Verwaltungsräume verwüstet. Der angerichtete Schaden wird auf 800 000 Lire geschätzt.

* * *

Die Faszisten sind die italienischen Orgeschleute. Ihre Terror- und Mordbanden setzen sich insbesondere aus Studenten zusammen. Die Erzählungen in der obigen Meldung über erste Schüsse aus den Arbeiterreihen sind uns aus dem Deutschland aus der Zeit nach der Novemberrevolution als Märchen zu bekannt, als daß sie noch einen Eindruck bei deutschen Arbeitern hervorrufen könnten.

offizielle Mitteilung machte, daß sie am 15. Januar schon das Land verlassen sollten. Häufig veranstaltet die Gendarmerie eine Razzia, um Leute, deren kommunistische Gesinnung bekannt ist, zu verhaften, und nach einem Berichte, den unser Kaschauer Bruderblatt vor einigen Tagen veröffentlichte, wurden bei einer solchen Kommunistenjagd, die in ganz Karpatho-Rußland vorgenommen wurde, über 800 Personen verhaftet.

Alle diese Vorgänge spielen sich angesichts einer ungefähr 70 000 Mann zählenden ungarischen weißen Armee ab, die sich aus Offizier- und Studentendetachements zusammensetzt, mit Maschinengewehren vorzüglich ausgerüstet ist und nur auf den Augenblick wartet, um in Karpatho-Rußland einzufallen. Sie sollen die Kerntruppen der Offensivarmee gegen Sowjetrußland darstellen.

Wenn dieser Plan der Gegenrevolution gelingt, dann steht ihnen ein freies Operationsgelände von Frankreich ausgehend durch Bayern, Oesterreich, Ungarn und Karpatho-Rußland bis an die russische Front zur Verfügung. Ein ständiger Strom von Waffen, Munition und Mannschaften könnte ungehindert an die Front befördert werden, wodurch den russischen Truppen ungeheure Opfer an Blut aufgezwungen würden. Polen selbst würde seine Verhandlungen mit Sowjetrußland in Riga weiterführen. Als total zusammengebrochenes Land brauchte es offiziell nicht einmal aktiv an dieser neuen Offensive beteiligt zu sein. Trotzdem würde es imstande sein, kolossale Mengen Munition für die weißen Truppen zu liefern und seine nationalistischen Generale vom Schlage Zeligowskis würden den weißen Armeen eine nicht unliebsame Verstärkung durch freiwillige Truppen zuführen."

Politische Uebersicht.

Widerhall unseres Offenen Briefes in der Arbeiterschaft.

Vergeblich versuchen die Saboteure der deutschen Arbeiterbewegung, die Scheidemänner und Dißmänner, die Arbeiter abzuhalten von einer Stellungnahme zu unserem Offenen Schreiben. Vergeblich erfinden sie täglich neue Lügen über die Kommunisten. Die Logik unserer Forderungen, unseres Rufes, die gemeinsame Front zu bilden, gewinnt die großen Massen der Ausgebeuteten für uns.

Stimmen aus Baden.

Die Belegschaft des Strebelwerks in Mannheim, die Fabrikarbeiter der großen Anilinfabrik in Ludwigshafen, eine Betriebsversammlung des Offenburger Fahrpersonals erklärten in einstimmig angenommenen Resolutionen ihr Einverständnis mit dem Offenen Brief der V.K.P.D. und fordern ihre Gewerkschaftsführer auf, in diesem Sinne zu handeln. Bei einer Sitzung des Mosbacher Gewerkschaftskartells in Neckarelz versuchten die Rechtssozialisten vergebens die Abstimmung überhaupt zu verhindern. Mit 11 gegen 5 Stimmen wurden die Forderungen des kommunistischen Schreibens angenommen. Eine öffentliche Volksversammlung in Baden-Oos, in der Genosse Bock aus Lörrach sprach, nahm eine Erklärung für die Bestrebungen der Kommunisten an, die den einzig möglichen Weg zur Schaffung einer Einheitsfront darstellen.

Die Betriebsversammlung der Fabrik Stolzenberg in Oos bei Baden-Baden erklärten sich einstimmig für den Offenen Brief und forderte das Gewerkschaftskartell Baden-Baden auf, sofort an den Deutschen Gewerkschaftsbund mit der Weisung heranzutreten, mit allen Arbeiterorganisationen eine gemeinschaftliche Aktion im Sinne des Offenen Briefes einzuleiten.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten Heidelbergs stellte sich mit großer Mehrheit hinter die Forderungen des Offenen Briefes.

*

Kiel. Eine von 5000 Kollegen besuchte Gewerkschaftsversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter erklärte sich zum großen Schreck der überraschten Verbandsbürokratie, die vergeblich als Urheber der Aktion und zur Abschreckung der Arbeiter, die „bösen Kommunisten" verschrie, für den Offenen Brief.

In Höchst a. M. tagte eine Generalversammlung der Buchdrucker. Einer einstimmig angenommenen Resolution entnehmen wir folgende Stelle:

> Die Generalversammlung erwartet einen Erfolg nur von einer einheitlichen Aktion des gesamten deutschen Proletariats. Zu diesem Zwecke verlangen die Versammelten, daß sich der Zentralvorstand sofort bei dem A.D.G.B. energisch für die Maßnahmen einsetzt, welche zur Erfüllung dieser Forderungen notwendig sind. Gleichzeitig verpflichten sich die Versammelten, falls die Zentrale und der A.D.G.B. diesem Verlangen nicht entspricht, ohne diese Instanzen gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat ganz Deutschlands den Kampf um die von der V.K.P.D. aufgestellten Forderungen aufzunehmen.

Chemnitz. Die Generalversammlung der Fabrikarbeiter nahm gegen 6 Stimmen die Forderungen des Offenen Briefes an; gleichzeitig errangen die Kommunisten einen Sieg bei der Neuwahl der Ortsverwaltung.

Die Arbeiter in Grüna (Sachsen) und Grünhain (Sachsen) erklärten sich in öffentlichen Versammlungen für den Offenen Brief.

*

Das Gewerkschaftskartell Bautzen faßte einstimmig folgende Entschließung:

> „Die am 4. Februar in Bautzen tagende Kartellversammlung erkennt den vom „Offenen Brief" der V.K.P.D. aufgestellten Forderungen als einem Bruchteil der zwischen Regierung und D.A.D.G.B. vereinbarten 8 Bielefelder Punkte an. Sie erklärt sich für eine sofortige Aktion aller sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften Deutschlands. Die Kartellversammlung fordert das Zentralkartell auf, daß sofort die für Bielefeld unternommene Aktionen in ganz Deutschland im Sinne des „Offenen Briefes" erfolgen."

*

Kleinbauern, Landarbeiter und Eisenbahner.

Folgende Resolution geht uns zu:

Die am 6. Februar in Köritz b. Neustadt a. Dosse stattfindende öffentliche Versammlung der Kleinbauern, Landarbeiter und Eisenbahner haben Kenntnis von dem Offenen Brief der V.K.P.D. genommen, ihn für gut befunden und zweifeln nicht daran, daß derselbe der einzige Weg zur proletarischen Einheitsfront gegen die Großjunker und Kapitalisten ist. Sie geloben in ihren Verbänden dafür zu wirken, daß diese Front zustande kommt, damit endlich der Herrscherwille der Großjunker gebrochen wird.

An die Kommunisten in Stadt und Land.

Parteigenossen!

Der Wahltag steht vor der Tür. Eine größere Spannung als bei den anderen Wahlen, die im letzten Jahre stattfanden, erfüllt die breiten Massen der Bevölkerung.

Die bürgerlichen Parteien erhoffen von dem Ausfall dieser Wahlen eine Stärkung ihrer parlamentarischen Machtstellung. Sie wollen dadurch in die Lage kommen, die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft durch verlängerte Arbeitszeit bei gleichzeitiger Herabsetzung der Löhne ohne Putsch, auf „gesetzlichem" Wege durch das Parlament, einzuführen.

Diese Absicht der Bourgeoisie kann nur zuschanden werden, wenn **jeder** sozialistische Arbeiter die Erregung dieser Tage dazu benutze, seine verzweifelt oder indifferent abseits stehenden Kollegen aufzurütteln.

Keine Arbeiterstimme darf der Bourgeoisie zugute kommen.

Deshalb hat die Bezirksverbandsleitung für Schlesien beschlossen, daß die Woche vor der Wahl von den kommunistischen Arbeitern zu einer

roten Woche

gemacht wird.

Jeder Parteigenosse wird an jedem Tage dieser Woche seine gesamte freie Zeit zur Aufrüttelung seiner Arbeitskollegen verwenden müssen.

Jeder Parteigenosse wird in Betrieb, Werkstatt und vor allen Dingen in dem Hause, in dem er wohnt, sowie in den Nachbarhäusern an alle Proletarier mit dem kommunistischen Flugblatt und der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" in der Hand herantreten, um sie von der Klassenharmonie zum Klassenkampf, vom Indifferentismus zum Klassenbewußtsein zu führen.

Jedem Parteigenossen, ohne Ausnahme, wird es zur Pflicht gemacht, in dieser Woche mindestens zwei Exemplare der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" an Arbeiter zu verkaufen.

Von jedem Parteigenossen, ohne Ausnahme, wird erwartet, daß er gemäß der Einteilung durch die Parteiinstanzen mit Flugblättern über Land geht.

Von jedem Genossen, ohne Ausnahme, verlangt die Partei, daß er am Tage der Wahl vor den Wahllokalen Stimmzettel verteilt.

Es ist Winter und das Schuhzeug der Arbeiter schlecht, doch wer sich vor solcher Arbeit für unsere Sache drückt, wird gewiß im Augenblick der Gefahr, wo der ganze Mann in die Schanze geschlagen werden muß, erst recht versagen; der ist kein Kommunist.

Die rote Woche beginnt am Sonntag, den 13. Februar. Genossen an die Arbeit!

Alle Ortsgruppen und Unterbezirksleitungen haben sofort diese Aktion in Angriff zu nehmen, haben sofort ihre Stimmzettel, Flugblätter und Zeitungsbestellungen der Agitationsbezirks- und Bezirksverbandsleitung bekanntzugeben; wo es notwendig erscheint, sind Kuriere zu schicken.

Die Bezirksverbandsleitung.

Die patriotische U.S.P.D.

Die „Leipziger Volkszeitung" vom 9. Februar bringt in fetter Schrift folgendes:

Kattowitz, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L.V.) In der bereits erwähnten Versammlung des Grafen Opersdorf, die in Oberloban stattfand, und in der der Graf aus seiner rein polnischen Gesinnung kein Hehl machte, hatte auch der Generaldirektor Schaber des Grafen Tiele-Winkler eine Rede gehalten, die zum mindesten lebhafte Bedenken über seine Stellungnahme zur Volksabstimmung entstehen lassen müßte. Eigenartigerweise hat man nun den Generaldirektor Schaber nicht etwa veranlaßt, eine einwandfreie Erklärung über seine Haltung in der Volksabstimmung abzugeben, sondern die Leitung der deutschen Propaganda hat es ihm ermöglicht, einen verschleierten Rückzug anzutreten. Man versucht jetzt von offiziöser Seite ihm zu bestätigen, daß er in der Tat nicht die Aeußerungen getan habe, die ihm nachgesagt werden. Leider weist man dabei nicht auf die Tatsache hin, daß er selbst noch immer seine einwandfreie Erklärung abgegeben hat. Auch die viel bedeutsamere Erscheinung, daß der Graf Tiele-Winkler diesen seinen offenbar polnisch orientierten Generaldirektor nach immer nicht entlassen hat, findet keine Erklärung. Es scheint, daß man diese Kapitel der landesverräterischen Haltung der Großindustriellen wieder einmal zu verschleiern versucht. Während nämlich der Graf Opersdorf eine ganz einwandfrei polnische und der Graf Tiele-Winkler und der Fürst Pleß eine höchst zweifelhafte Rolle spielen, äußern sich die anderen Großindustriellen überhaupt mit keinem Wort über ihre Stellungnahme zur Volksabstimmung. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß diese Stellung der Großindustriellen den einen schweren Nachteil für die Volksabstimmung für Deutschland ist, da auch die Arbeiterschaft durch diese zweifelhafte Stellung der oberschlesischen Großindustriellen in ihrer Haltung wankend gemacht wird. Es ist bezeichnend, daß wieder einmal die Herren, die später sich als die einzig wahren Vaterlandstreuen aufspielen werden, heute dem Proletariat die Wahrung der deutschen Interessen überlassen, während sie selbst ihre international-kapitalistischen Interessen in den Vordergrund setzen."

Die U.S.P. bildet sich in steigendem Maße zum Lehrmeister der Bourgeoisie in den großen „nationalen Fragen" aus. Eben jetzt kann sie dem Bürgertum stolz wie ein pflichteifriger Diener sagen, daß sie es zuerst gewesen ist, die gesagt hat, man müsse nach London zum Verhandeln über die Wiedergutmachung gehen.

In der oben wiedergegebenen Meldung macht der U.S.P.-Mann die deutsche Bourgeoisie auf die großindustriellen Außenseiter in Oberschlesien aufmerksam, die durch Profitinteressen polnisch orientiert sind, nicht ohne eine Mahnung zur „Vaterlandstreue".

Es ist bezeichnend für den Grad des „Klassenbewußtseins" des U.S.P.-Korrespondenten und der Leipziger Redaktion, daß sie sich über die jedem etwas marxistisch geschulten Arbeiter geläufige Tatsache, daß ein Kapitalistenherz immer dort in patriotische Verzückung gerät, wo der meiste Profit winkt, entrüstet.

Gleichzeitig läßt der Geist der obigen Meldung auf die korrupte nationalistische Politik der U.S.P. in Oberschlesien schließen. Die größte Sorge wird auf die Herstellung der nationalen Front, also auf die nationalistische Verhetzung der deutschen gegen die polnischen Arbeiter verwandt. Das ist ein Verbrechen an der Sache des Proletariats.

Glücklicherweise können wir darauf vertrauen, daß die harten, zum Klassenhaß aufreizenden Tatsachen und die Arbeit unserer oberschlesischen Genossen die nationalen Schranken zwischen polnischen und deutschen Arbeitern niederreißen und sie zusammenführen werden zur internationalen Einheitsfront gegen die sich unter dem Mantel des Nationalismus rüstende deutsche und polnische Gegenrevolution, gegen deutsche und polnische Unternehmer.

Wer die Ebertrepublik vertritt.

Nach einer amtlichen Meldung haben die Vorbereitungen der Reichsregierung zur Ausarbeitung von Gegenvorschlägen für die Londoner Konferenz begonnen. In den Köpfen der „Staatslenker" Deutschlands spukt bekanntlich die Einbildung, daß auf der Londoner Konferenz die Zukunft des Deutschen Reiches entschieden werden wird. Da ist es recht interessant, zu erfahren, wessen Händen die Zukunft der Ebert-Republik anvertraut werden soll. Zur Ausarbeitung der Gegenvorschläge ist ein Ausschuß gebildet worden, in welchen bisher folgende „Sachverständige" hineindelegiert worden sind:

Vorsitzender des Reichswirtschaftsrats, Edler von Braun,
Geheimrat Wietfeldt vom Direktorium Friedr. Krupp A.-G.,
Direktor Hans Krämer, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats,
Generaldirektor Cuno,
Dr. Walter Rathenau,
Hugo Stinnes,
Generaldirektor Dr. Vögler,
Dr. Karl Melchior, Hamburg,
Generaldirektor Lübsen, Essen,
Direktor Strauß, Berlin,
Reichsbankpräsident Havenstein,
Generalsekretär Silberschmidt als Arbeitervertreter
und je ein Vertreter des Reichsministeriums des Aeußeren, der Finanzen und des Reichswirtschaftsministeriums.

So sehen die Wiederaufbauer der deutschen Wirtschaft aus. Durchweg Repräsentanten des Großkapitalismus, der sogenannten Hautefinance. Doch dessen ungeachtet — die Sozialisierung marschiert.

Eine deutsche Kohlen-Note.

Am 7. Februar hat die deutsche Kriegslastenkommission der Reparationskommission über die Frage der deutschen Kohlenlieferungen eine Note übersandt, die u. a. folgende Sätze enthält:

„Nach den bei den bisherigen Lieferungen gemachten Erfahrungen und der erheblichen Verschärfung des Februarprogramms ist damit zu rechnen, daß seine Durchführung möglich sein wird.

Der augenblickliche Zustand ist der, daß von Deutschland ständig Lieferungsmengen verlangt worden sind, welche, wie der Verlauf der Dinge ergeben hat, über das Deutschland mögliche Maß hinausgingen, weshalb Deutschland auch nicht für die Ausfälle verantwortlich gemacht werden kann. Die Abrechnung über die Gesamtlieferungen ist dadurch überdies völlig ins Ungewisse geraten; in dieser Beziehung wird auch auf die Note vom 29. Januar d. J. wegen der Vorlieferungen verwiesen.

Auch hinsichtlich der Qualitäten werden an Deutschland in dauernd steigendem Maße höhere Anforderungen gestellt.

In der Preisfrage ist es bisher noch nicht gelungen, eine Einigkeit über die Höhe des Deutschland für die Lieferungen auf dem Wasserwege zustehenden Fobpreises zu erzielen.

In der Transportfrage bedürfen die mannigfachsten Meinungsverschiedenheiten unbedingt baldiger Klärung.

Auch bei den Verhandlungen, die bis in den Dezember hinein über die künftigen Kohlenlieferungen in Paris stattgefunden haben, wurde beiderseits davon ausgegangen, daß über ein endgültiges Lieferprogramm neue Besprechungen erforderlich sein würden."

Die „Nationale Einheitsfront" auf Lager.

Die „Breslauer Zeitung" meldet:

Berlin, 11. Februar. In der Frage der Einheitsfront haben, wie die Deutsche Allgemeine Ztg. mitteilt, weitere Verhandlungen stattgefunden, die sehr aussichtsreich verliefen und zu der Hoffnung berechtigen, daß unter gewissen Vorbedingungen die Bildung einer solchen Einheitsfront zustande kommen wird. Diese Bedingungen würden in erster Linie gegeben sein, wenn

die Verhandlungen mit der Entente, die jetzt in London weitergeführt werden sollen, kein Ergebnis haben sollten und die Entente Gewalt anwenden oder unmittelbar mit Gewalt drohen sollte.

Voraussichtlich wird auch sonst in außerpolitischen Fragen sich ein gewisses Zusammengehen aller Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken erzielen lassen. Sobald der Reichstag wieder zusammentritt, sollen über den ganzen Fragenkomplex **interfraktionelle Besprechungen** stattfinden.

* * *

Nachdem die Bildung einer nationalen Einheitsfront jetzt an dem Wahlschacher der Parteien gescheitert ist, will man sie nun für alle Fälle auf Lager herstellen. Die Rolle der S.P.D. und U.S.P.D. bei dem „Zusammengehen aller Parteien, mit Ausnahme der äußersten Linken in außerpolitischen Fragen", haben wir in den letzten Tagen genügend gekennzeichnet.

Sturm im bayerischen Landtag.

München, 11. Februar. (W.T.B.) Der bayerische Landtag war heute früh der Schauplatz stürmischer Auftritte. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation der U.S.P., die vom Ministerpräsidenten Aufschluß über die Berliner Verhandlungen verlangte. Als der Vertreter der Regierung, Ministerialrat Lutz, erklärte, daß der Ministerpräsident infolge anderweitiger dringender dienstlicher Geschäfte am Erscheinen im Hause verhindert sei und daß es ihm wegen der Vertraulichkeit der Berliner Ministerkonferenz unmöglich sei, dem Landtag darüber Aufschluß zu geben, entstand bei den sozialistischen Parteien eine große Aufregung, die sich in heftigen Zwischenrufen Luft machte.

Von den sozialistischen Rednern wurde die Erklärung als Provokation eines erheblichen Teiles des Landtages bezeichnet und die sofortige Unterbrechung der Sitzung gefordert. Um zu der nun geschaffenen Lage Stellung nehmen zu können, ließ Präsident Königbauer daraufhin eine einstündige Unterbrechung eintreten, während der die Parteien zu besonderen Fraktionssitzungen zusammentraten.

* * *

Nach Wiedereröffnung des Landtages gaben die sozialistischen Parteien Erklärungen ab, in denen sie ihren Entschluß kundtaten, so lange den Sitzungen des Landtages fern zu bleiben, wie der Ministerpräsident nicht ihre Interpellation beantwortet. Sie verließen darauf den Saal.

Kahr hat sich inzwischen „krank" gemeldet und angekündigt, daß er großen Wert auf eine Versöhnung mit den Rechtssozialisten lege und auch bereitwilligst die Interpellation beantworten werde, sobald er könne. Der Landtag wurde darauf bis zur nächsten Woche vertagt. In der nächsten Sitzung soll die Interpellation, die inzwischen auch die Rechtssozialisten eingebracht haben, beantwortet werden.

Ausland.

Polnisch-russischer Friede!

Paris, 10. Februar. Nach einer Radiomeldung berichtet ein Funkspruch aus Moskau, daß der polnisch-russische Frieden gestern unterzeichnet worden ist.

Der Föderativaufbau Sowjetrußlands.

(DA.) **Riga**, den 10. Februar. Nach Mitteilungen in der Sowjetpresse sind jetzt mit Sowjetrußland folgende 16 Republiken auf förderativer Grundlage vereinigt: 1. Die sozialistische Sowjetrepublik der Ukraine. 2. Die Arbeitskommune der Wolgadeutschen (Rem. Kommune). 3. Die autonome sozialistische Sowjetrepublik der Baschkiren. 4. Die sozialistische Sowjetrepublik der Tartaren. 5. Die autonome sozialistische Sowjetrepublik der Kirgisen. 6. Die Arbeitskommune der Tschuwaschen. 7. Die Karelische Kommune. 8. Die Arbeitskommune der Wotjaken. 9. Die Arbeitskommune der Tscheremissen (Marinskgebiet). 10. Die Arbeitskommune der Kalmücken. 11. Die sozialistische Sowjetrepublik des Turkestan. 12. Die sozialistische Republik Aserbeidjan. 13. Die sozialistische Sowjetrepublik Chorazmink-Chiwa. 14. Die sozialistische Sowjetrepublik Buchara. 15. Die sozialistische Sowjetrepublik Dagestan. 16. Die sozialistische Sowjetrepublik Armenien.

Die Finanzkrise in Frankreich.

„L'Humanité" hat berechnet, daß der französische Staat für das Jahr 1921 einen Gesamtgeldbedarf von 45 Milliarden Francs haben wird, das sind beim jetzigen Stand der Valuta ungefähr 180 Milliarden Mark. Die Staatseinkünfte belaufen sich aber selbst auf dem Papier nur auf 25 Milliarden, es bleibt also ein Defizit von 20 Milliarden, das durch Anleihen zu decken ist. Im Ganzen steigt infolge dieser Aussichten für das Jahr 1921 die französische Staatsschuld innerhalb zweier Jahre um 50 Milliarden Francs, das sind 200 Milliarden Mark. Als charakteristische Einzelheit sei aus dem französischen Etat die Tatsache hervorgehoben, daß allein die Post- und Telegraphenverwaltung im Jahre 1920 ein Defizit von 458 Millionen Francs aufweist. Der finanzielle Zusammenbruch des „Siegerlandes Frankreich" ist also genau so schlimm wie die Finanzkrise, in der sich das besiegte Deutschland befindet. — Auch die Steuereinnahmen Frankreichs gehen dauernd zurück. Die Umsatzsteuer, die die Staatseinnahmen im Jahre 1920 um zwei Milliarden hätten erhöhen müssen, führte nur zu einer Einnahme von 900 Millionen. Von August bis Dezember 1920 ist die Höhe der einzuzahlenden Summen immer geringer geworden: ein Beweis nicht für die Verringerung des Umsatzes, sondern: für die sinkende Autorität des Staates. Mit der direkten Steuer geht es nicht anders. Einzig und allein die Berechnungen über die Kriegsgewinnsteuer weisen einen Fehlbetrag von einer Milliarde auf.

Zur Preußenwahl.

Konrad Hänisch.

Ein Selbstporträt in Zitaten aus seiner Schrift „Staat und Hochschule" (Berlin 1920).

1. Hänisch, der Bismarckschwärmer:

Bismarck, dessen überragende Größe niemand freudiger anerkennt als ich ..."

2. Hänisch, der Kolonialfex:

„Der Erwerb der Kolonien gab unserem Nationalgefühl einen ganz neuen, bisher unbekannten Einschlag. Es bekam einen weiteren und freieren Zug, je stolzer wir unsere Flagge über die Weltmeere dahintrugen."

3. Hänisch schwört auf seinen Wilhelm:

„Die deutschen Machthaber haben den Weltkrieg ganz gewiß nicht gewollt."

4. Hänisch, der Imperialist:

„Neben Heinrich Cunow ... Heilmann, Winnig (das ist der Kappverräter!!) und mehreren namhaften Gewerkschaftsführern habe ich mich selbst zu diesen „sozialistischen Imperialisten" gezählt."

5. Hänisch bekennt sich zur Revolution:

„Es ginge dem deutschen Volke heute viel besser, wenn es nicht erst des Novembersturmes, des allzu jähen Bruches mit unserer geschichtlichen Tradition, bedurft hätte, um in Deutschland mit allem diesen alten Gerümpel reinen Tisch zu machen, sondern wenn wir in stetig fortschreitender organischer Entwicklung zum neuen Deutschland gelangt wären."

6. Hänisch, kein Spartakist:

„Ich kann jeden Augenblick dokumentarisch belegen, daß ich an der „Zermürbung der Front" ebenso unschuldig bin, wie an dem „Zusammenbruch der inneren Front."

7. Hänisch bremst nach Kräften:

„Noch bis zum Abend des 6. November 1918 bin ich in zahlreichen Massenversammlungen in den verschiedensten Teilen Deutschlands zwar mit größter Energie für eine sofortige umfassende Demokratisierung Preußens und des Reiches eingetreten, nicht minder entschieden aber habe ich selbst noch in diesen letzten Versammlungen vor dem gewaltsamen Umsturz in jenem für unser Land und Volk tragischsten Augenblick seiner Geschichte gewarnt."

8. Hänisch folgt dem Rufe zur Rettung des Vaterlandes und schwingt sich auf den Ministerposten:

„Als sich aber herausstellte, daß die Bewegung unaufhaltsam weiterfraß ..., da habe ich mich allerdings, ebenso wie meine politischen Freunde, der nun einmal in den Kampf getretenen Arbeiterschaft rückhaltlos zur Verfügung gestellt."

9. Hänisch plaudert den Zweck der Uebung aus:

„Ich möchte mir nicht ausmalen, was aus Deutschland geworden wäre, wenn wir damals im November die Hände in den Schoß gelegt und etwa Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg oder auch meinen verflossenen Herrn Ministerkollegen Adolph Hoffmann allein hätten in Deutschland regieren lassen ..."

10. Hänisch auf der „Wacht am Rhein":

„In Köln, an Deutschlands heiligem Strome, der unser bleiben wird — allen Euern Marokkanern und Senegalnegern zum Trotz!"

11. Hänisch enthüllt die Zwecke des Betriebsrätegesetzes:

„Das Betriebsrätegesetz stellt einen ersten und immerhin ernsthaften Versuch dar, den wild gewachsenen Rätegedanken in gesetzliche Formen zu bringen, den reißenden Strom der Rätebewegung hinüberzuleiten in das durch Dämme und Deiche gesicherte Flußbett einer ruhigen Entwicklung."

12. Hänisch weder feig, noch unehrlich, noch dumm:

„Mit alledem will ich selbstverständlich ganz und gar nicht etwa die Novemberrevolution „verleugnen". Das wäre feig und unehrlich und obendrein dumm."

* * *

Das ist nicht nur Hänischs wohlgelungenes Selbstporträt, das ist ein Spiegelbild seiner ganzen Partei, in dem nur die blutigen Züge des Nosketerrors fehlen, um es vollständig zu machen.

Aus der Provinz.

Grünberg. Eine ganz besondere würdige Feier des 27. Januar, des allerhöchsten Festtages des Deutschlands vor dem Kriege, wurde im Andenken an die glorreiche Vergangenheit in Glogau begangen. Zunächst wurden fünf Arbeiter als Opfer dargebracht und in einer Schwurgerichtsverhandlung zu schweren Strafen, zwei Jahre Zuchthaus, längeren Gefängnisstrafen und Ehrenverlust verurteilt. Das Verbrechen, welches diese fünf Arbeiter begangen hatten, war allerdings ein himmelschreiendes. Sie hatten die Landwirte des Kreises Grünberg, welche die Arbeiterbevölkerung ohne Kartoffeln und Butter ließen, als die wahren Vaterlandsverderber und Volksverräter gekennzeichnet, indem sie eine Auslese davon am ersten November v. J. auf einem Kohlenwagen durch die Stadt fuhren, nachdem ihnen bekanntgeworden war, daß der berüchtigte Herr Aisch aus Reichenbach unter lautem Beifall seiner Kollegen erzählt hatte, daß die Arbeiterfrauen nur noch von Kaviar, Schokolade und ähnlichen schönen Dingen lebten. Es sollen bei dieser Spazierfahrt auf dem Kohlenwagen auch einzelne Schläge auf die ehrenwerten Herren abgegeben worden sein, welche insbesondere dem Herrn Aisch sogleich wieder zu einer guten Einnahmequelle dienen sollte; denn Herr Aisch verlangt für einige Hiebe über den Körperteil, wo das Rückrat aufhört, nicht weniger als 150000 Mk. Entschädigung. Zum allergrößten Schrecken sämtlicher echt preußischen Leute befanden sich auf dem Kohlenwagen auch drei leibhaftige Grafen. Wie gesagt, wurden am 27. Januar fünf Schwerverbrecher, welche es gewagt hatten, das blaue Blut dieser Herren Grafen durch kräftige Reibung in Wallung zu bringen, zunächst geopfert. Das Opferfest wurde fortgesetzt in den Strahl'schen Weinstuben in Glogau, wohin sich die Geschworenen nach vollbrachter schwerer Arbeit (man sagt in Gesellschaft der Richter und Staatsanwälte) begaben. Nach einem, der Schwere der Zeit entsprechenden reichhaltigen Essen, wurde auch des lieben fernweilenden großen Deserteurs in Amerongen gedacht, Reden gehalten, Lieder gesungen usw. Zur besonderen Ehrung Wilhelm des Letzten wurde verlangt, daß sich sämtliche Anwesende von ihren Plätzen erheben und in das schöne Lied einstimmen sollten: „Deutschland, Deutschland über alles."

Zufällig war in diesem Lokal der Verteidiger der Verurteilten, Rechtsanwalt Goethe, ein Demokrat, anwesend, welchem dieser Rummel zu albern vorkam, so daß er nicht mitmachen wollte. Darauf fielen nun dieselben Herren, welche vor einigen Stunden Arbeiter zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt hatten, über Rechtsanwalt Goethe her und bearbeiteten ihn mit den Fäusten unter wüstem Geschrei, aus welchem man die Rufe: Schuft, Lump, Schwein, „du verteidigst ja Sozialdemokraten" usw. hörte. Schließlich wurde Rechtsanwalt Goethe aus dem Lokal geworfen und die Siegesfeier unter stürmischem Jubel fortgesetzt. Bezeichnender Weise waren nur noch echt deutsche Hakenkreuzler anwesend. Besondere Heldentaten haben an diesem glorreichen Tage verrichtet: der Direktor der Gasanstalt der Stadt Glogau, Herr Rother, Architekt Carl, Regierungsbaumeister Sontheimer Zigarrenhändler Burchert, Herr Schild und als der Führer dieser Herren, der Geschworene Rittergutsbesitzer Balcke aus Arnsdorf bei Glogau.

So sehen die Herren aus, denen das Schicksal durch Hunger und Entbehrung zum Aeußersten getriebenen Arbeiter anvertraut wird und es gibt in Preußen keine Klassenjustiz.

*

Zu bemerken ist noch, daß Freitag, den 11. d. M., aus obigem Anlaß eine große Protestversammlung gegen die preußische Klassenjustiz stattfand. Trotzdem alle drei sozialdemokratische Parteien aufgefordert wurden, sich an ihr zu beteiligen, ist sie nun nur von U.S.P.D. und V.K.P.D. veranstaltet worden. Die S.P.D. hatte es vorgezogen, auf die Aufforderung zu einer Besprechung zwecks Veranstaltung dieser Versammlung überhaupt nicht zu antworten und auch zu der Sitzung nicht zu erscheinen. Vorsitzender der S.P.D. ist Herr Böttcher, der schon am 1. November in einer Erklärung im Neusalzer Volkswille versicherte, daß die S. P. D. mit diesem Aufruhr nichts gemein hat (es waren damals ca. 15000 Menschen beteiligt, sämtliche Betriebe geschlossen — daher der Name immer noch — Arbeiterpartei). Trotzdem damals die Mitglieder der S.P.D. über diesen Artikel sehr entrüstet waren und ihren Vorsitzenden absetzen wollten, wurde er doch wieder gewählt. (Mangel an fähigen Genossen). Auch jetzt wurde „Genosse" Böttcher von verschiedenen anderen Führern, Gewerkschaftssekretären, gebeten, doch bei der Protest-Versammlung mitzumachen, doch Herr Böttcher lehnte ab, ohne auch nur etwa den Gesamtvorstand zu fragen. Versammlungsbericht dieser Versammlung folgt.

Lokales.

Breslau, den 13. Februar 1921.

Montag, den 14. Februar, nachm. 3 Uhr, in der „Neuen Börse", Graupenstraße, Extra-Versammlung für die weiblichen Arbeitslosen. Wichtige Tagesordnung.

Der Arbeitslosenrat.

Das Breslauer Proletariat. In Bräuers Festsälen und im Kronprinzen sprachen am Freitag abend unsere Genossen Heckert-Berlin und Eberlein-Berlin zu dem Breslauer Proletariat. Beide Versammlungen waren gut besucht. In beiden Versammlungen stand das Proletariat hinter den Ausführungen und Forderungen der Kommunisten. Gegner meldeten sich in keiner Versammlung zum Wort. Beide Versammlungen waren erfüllt von dem Willen, auch den 20. Februar zu einer machtvollen Demonstration für die proletarische Revolution zu gestalten.

Zum Streik der Karlowitzer Munitionsarbeiter. Den streikenden Karlowitzer Munitionsarbeiter ist folgender Wisch als Kündigung vorgelegt worden:

„Da Sie mit dem heutigen Tage in den Streik getreten sind und somit ihre Arbeit ohne Kündigung niedergelegt haben, sind Sie hiermit ohne Kündigung entlassen. Nachricht über Auszahlung des Restlohnes und Aushändigung der Papiere erfolgt durch den Arbeiterrat.

Deutsche Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft
Hamburg, Zerlegestelle Breslau.

Die Arbeiterschaft darf sich durch solche Unternehmerfrechheiten von ihrem notwendigen Kampfe zur Erringung ihrer gestellten Forderungen nicht zurückschrecken lassen.

Zum Streik in der Breslauer Konfektionsindustrie. Der Kampf um den Reichstarif nimmt scharfe Formen an. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln die Streikenden mürbe zu machen. Alle Zuschneider und die in den Betrieben beschäftigten Schneider und Näherinnen sind am 11. Februar mit folgendem Schreiben beehrt worden:

Hierdurch kündigen wir Ihnen das zwischen uns bestehende Dienstverhältnis wegen Ihrer vertragswidrigen Arbeitsniederlegung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist per sofort.

Ihre Papiere liegen in unserem Kontor zu Ihrer Verfügung. Bei der Krankenkasse haben wir Sie abgemeldet.

Hochachtungsvoll

gez. P. P.

Der Zweck dieser Zeilen ist zu durchsichtig, als daß man darauf besonders Bezug nehmen wollte. Auch der Streikbrecher ruht nicht. Beispielsweise sind die Zuschneider und Zuschneiderinnen restlos in den Streik getreten. Ein gewisser Agent Lerche, Leuthenstraße 71, kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den streikenden Zuschneidern in den Rücken zu fallen. Die Firma Georg Brinnitzer kann samt ihrem Ausreißer Lerche stolz auf diese Errungenschaft sein. Daß sich die bestreikten Firmen Mühe geben, durch ihre Hausväter und Angestellten Arbeit unterzubringen und fertige Sachen abholen zu lassen, ist nicht

verwunderlich, gemein an den Streikenden gehandelt ist es aber, daß sich Angestellte und Haushälter für diese schmutzige Arbeit hergeben. Die Konfektionsarbeiter werden sich dadurch nicht irre machen lassen und werden alles daran setzen, jede Anfertigung und Unterbringung von Streikarbeit zu verhindern.

Magistrats-Mitteilungen.

Im Büro 5, Steuerverwaltung, Königsplatz 1/2, ist infolge des starken Publikumsverkehrs die Sprechzeit auf die Stunden von 8 — 1 Uhr beschränkt worden.

Lebensmittelverteilung.

a) vom 17. bis 28. Februar 1921:

1. **Speck** auf Lebensmittelmarke R 27 und Zusatznährmittelmarke 38 für Mütter.
2. **Fleisch- und Wurstwaren** auf Lebensmittelmarke R 28
3. **Grieß** auf Nährmittelmarke 231 weiß und rot.

b) vom 19. bis 22. Februar:

4. **Butter** auf Lebensmittelmarke R 25.

Das in der Zeit vom 16. bis 19. Februar auf Lebensmittelmarke R 24 zur Verteilung kommende amerikanische Weizenmehl kostet nicht 2.50 Mk., sondern 2.25 Mk. für ½ Pfd.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Anschlagsäulen verwiesen.

Eingesandt.

(Für Zuschriften unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Des Vaterlandes Dank bei der städtischen Straßenbahn gegenüber einem Kriegsverletzten!

Ich war vom 2. Juli 1919 ab bei der städtischen Straßenbahn, Breslau (Bahnhof I), Lohestraße, als Arbeiter beschäftigt und mußte schwere und leichte Arbeiten verrichten.

Da ich mir aber als Kriegsteilnehmer folgende Leiden: Magenleiden, Nervenschwäche, Rheumatismus, sowie einen schweren Leistenbruch zugezogen habe, also außerstande bin, schwere Arbeit zu leisten, war ich daher nach vollbrachter schwerer Arbeit immer krank und arbeitsunfähig. Aber obwohl ich öfter krank war, mußte ich schwere und leichte Arbeiten verrichten. Mit meinen Leiden wurde es daher nicht besser, sondern immer schlimmer.

Nun hatte ich es meinem Vorgesetzten gemeldet, daß ich schwere Arbeiten nicht leisten kann, worauf er mir aber barsch zur Antwort gab: „Ja, leichte Arbeiten gibt es bei uns nicht".

Ich habe aber in den 19 Monaten, wo ich bei der Stadt tätig war, öfter feststellen können, daß es sogar solche leichte Arbeiten gibt, die eine Frau, ja sogar ein Schwerkriegsbeschädigter leisten könnte. Aber an dieser Stellen befinden sich junge, kräftige Männer.

Der Magistrat der Stadt Breslau hat die Privat-Arbeitgeber in den hiesigen Tageszeitungen (nach Beendigung des Krieges) aufgefordert, wenn irgend möglich, Kriegsbeschädigte einzustellen, damit diese Leute nicht unschuldig in große Not geraten.

Was aber geschieht mit den Kriegsbeschädigten in den städtischen Betrieben?

Am 10. Januar 1921, als die Sattlerei (zwecks Anbau) ausgeräumt wurde, mußte ich wieder schwere Arbeiten verrichten, denn es befanden sich unter den auszuräumenden Gegenständen schwere Kisten, Kasten, Tische, Eisen usw.

Ich hatte mir daher durch das Tragen der schweren Gegenstände meine Leiden derart verschlimmert, daß ich die ganze Nacht nicht schlafen konnte. Hätte mich auch krank und arbeitsunfähig gemeldet, war aber vorher schon 27 Wochen krank und arbeitsunfähig und wie man gewöhnlich sagt, ausgesteuert.

Ich war deshalb gezwungen, wieder in den Dienst zu gehen, ob es nun gut oder schlecht ging. Kaum aber hatte ich mich bei meinem Vorgesetzten zum Dienst angemeldet und entschuldigt, warum ich statt um 6 Uhr erst um 7½ Uhr zum Dienst erschien, so kam ein anderer Vorgesetzter und befahl mir, wieder in die Sattlerei zu gehen, um auszuräumen. Als ich ihm darauf erwiderte, daß ich die schwere Arbeit nicht wieder verrichten könnte, da ich von dieser Arbeit sehr krank geworden bin, auch es gegenwärtig noch sei, so sagte er barsch zu mir: Also Sie wollen die Arbeit nicht machen? Worauf ich ihm erwiderte, daß ich die Arbeit schon machen möchte, wenn ich es nur wegen meiner Leiden könnte.

Am 21. Januar 1921 (also nach 10 Tagen) wurde ich durch den Werkstattschreiber zum Werkmeister bestellt und dieser kündigte mir mein Arbeitsverhältnis mit dem Bemerken, daß ich wegen Arbeitsverweigerung am 1. Februar 1921 gehen könnte. Als ich ihm darauf erwiderte, daß heut nicht der rechte Kündigungstag sei, auch ich 14 Tage Kündigungszeit hätte, sagte er mir, daß ich wegen Arbeitsverweigerung überhaupt keine Kündigung zu beanspruchen hätte.

So also wird es in den städtischen Betrieben mit den Kriegsverletzten gemacht.

Ein dazu gezwungener jetziger Arbeitsloser, aber nicht Arbeitsscheuer.

Genossen und Genossinnen!

Am Mittwoch, den 16. Februar, erscheint unser Parteiblatt, die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung" als Propagandanummer.

Die Auflage dieser Nummer wird eine Massenauflage, ihr Umfang stärker als gewöhnlich sein.

Genossen! Wir machen es jedem Parteimitglied zur Pflicht, von dieser Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" **mindestens 5 Stück an unserer Bewegung noch fernstehende Arbeiter zu verkaufen. Gleichzeitig sind dabei neue Abonnenten zu werben. Die Zeitung ist eine der wichtigsten Waffen zur Revolutionierung des Proletariats. Darum auf. Jeder tue seine Pflicht!**

Die Bezirksverbandsleitung.

Versammlungskalender.

Sämtliche Unterbezirksführer haben sofort an die Bezirksleitung in Breslau zu melden, wieviel Stimmzettel sie für ihren Unterbezirk brauchen.

Breslauer Genossen, die in der Lage sind, Delegierte aus der Provinz vom 12. bis 13. oder vom 13. bis 14. Februar zu beherbergen, werden ersucht, ihre Adresse sofort der Bezirksverbandsleitung anzugeben.

Bekleidungsarbeiter. Alle auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Bekleidungsarbeiter, Montag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Nikolaistraße 49/50.

Der Arbeiter-Wassersport-Verband (A.-W.-V.) beabsichtigt auf seinem, Ostern 1921, in Jena stattfindenden Verbandstage eine Form zu finden, die es ermöglicht, eine lose Organisation des gesamten Wassersports herbeizuführen, ohne daß die einzelnen Sportzweige (Schwimmen, Rudern, Segeln, Angeln usw.) in ihrer technischen Eigenart beschränkt oder durch besondere Beiträge belastet werden. Der A.-W.-V. ladet zu diesem Zwecke alle auf sozialistischem Boden stehenden Wassersportvereine obiger Art zur Teilnahme an seinem Verbandstage ein und sendet die hierzu erforderlichen Ausweise nach Anmeldung bei der Geschäftsstelle, Neukölln, Hermannstraße 176, zu.

Gottesberg. Den Mitgliedern der V.K.P.D., Ortsgruppe Gottesberg, zur Kenntnis, daß Sonntag, den 13. Februar, vorm. 10 Uhr, im kleinen Saale des Schützenhauses eine Mitglieder-Versammlung stattfindet. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Sämtliche Unterkassierer haben ½ Stunde früher zu erscheinen, zwecks Empfang von Mitgliedsbüchern und Marken.

Freiburg. Sonntag, den 13. Februar, nachm. 2½ Uhr, im Buchwald, öffentliche Frauen-Versammlung.

Alle unsere Referenten und Ortsgruppen haben darauf zu achten, daß unsere Broschüren, Zeitschriften und „Schlesische Arbeiter-Zeitung" in unseren öffentlichen Versammlungen verkauft werden. Ortsgenossen, die noch keine Broschüre haben, müssen sich umgehend an die Kommunistische Bücherei, Breslau 5, Gräbschener Straße 45, wenden.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H."
Annoncen-Expedition: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: Ohle 1891
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert,
für Inserate: Liebschwager & Meyer.
Druck: Buchdruckerei Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Tiefland.**
Abends 7 Uhr: **Orpheus in der Unterwelt.**
Montag 7 Uhr: **Cavalleria rusticana.**
Hierauf: **Der Bajazzo.**

Lobe-Theater.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Das Konzert.**
Abends 7½ Uhr: **Gespenstersonate.**

Thalia-Theater.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**
Abends 7½ Uhr: **Jägerblut.**

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tl. R. 2545
Täglich 7½ Uhr: **Die blaue Mazur.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Der fidele Bauer.**
Mittwoch 7½ Uhr: Zum 60. Male: **Der letzte Walzer.**

Liebich-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Illenebs Löwen
und das glänzende Februar-Programm.

Wiederverkäufer!
Spezial-Geschäft für Garne, 200 m Holz 2,— Mark, Zwirn, 100 Sterne 44 u. 55 Mk., Schuhsenkel u. 0,44 Mk. an, Gummiband und alle Kurzwaren, Druckknöpfe „Ass" 4,50 Mk. per Grs. „Parisiana" 5,75 Mk. p. Grs., Haarnetze 1,65 Mk. etc. Probesendung 50 bis 100 Mk. p. Nachn. od. Vorauszahlung a. Postscheckkonto 45497.
L. Lehnart, Poststr. 7.
Fernsprecher: Ohle 326.

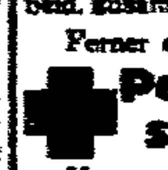
Kranke
Nervenkranke, Haut- und Geschlechtskranke behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten.
Heilkundiger Franz Joschke, Palmstr. 22, II. Tel. Ohle 5884.
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Konfirmanden-Anzüge in größter Auswahl.
Max Landsberg Gräbschener Str. 27 Ecke Holteistr.

Konfirmanden-Hüte von 33 Mark an
Herren-Filzhüte in billigsten Preislagen in größter Auswahl
Max Landsberg Gräbschener Str. 27 Ecke Holteistr.

Achtung!
Reell! Billig! Preiswert!
Auch Einzelverkauf!
Zwirn, schwarz, weiß und grau, Stern . . . 0,40
Wolle, schwarz, grau, braun, meliert, Lg. 7,45, 7,— u. 6,—
Schuhsenkel, lang, Paar 0,80 und 0,10
Haarnetze, extra groß, Stück 1,65
Gummiband, prima H., Meter 3,— und 2,—
Socken, bess. Spitzen, bess. Fersen, pa. Ware, Paar 7,—
Frauenstrümpfe, doppelte Spitzen, doppelte Fersen, prima Ware, Paar 7,—
Erich Fränkel,
Kurz-, Weiß-, Woll- u. Lederwaren, Schuhe, Zutaten en gros und en detail.
Spezialität: Zwirne, Garne. Versand nach auswärts per Nachnahme.
Breslau V, Gräbsch. Str. 71, Eingang Steinstraße, Haltestelle der Linie 10.

Dauer-Wäsche
Richard Schinke,
Breslau, Ohlauer Str. 51.

Wundervolle üppige

Büste
wird erlangt durch meine altbewährten
Büstenpräparate
zu Mk. 7.— und Mk. 9.— beid. zusammen Mk. 16.—
Ferner empfiehle bei
Periodenstörung
u. Unregelmäßigkeiten mein altbew. Präpar. Viele freiwill. Dankschreib. Preis Mk. 13.— und Mk. 19.—
Katalog 60 Pf. in Marken.
Fr. Barthel Breslau VII 2. Lehmstr. 671.

Gummiwaren
jeder Art
Spülspritzen
Irrigatoren
Leib- u. Monatsbinden
sowie sämtliche
Frauenartikel
Auskunft gegen Einsendung von 1,— Mark
Fr. C. Helbing
Breslau I., Schloßstr. 13.

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebr. Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge,
[illegible] 12, nur 1. Etg.

Bedeutend billigere **Möbel**
Pol. Schrank, 2 tür. 525.—
dto. Vertikow 525.—
dto. Bettstell. à Stück 275.—
Neue Rohrstühle 84.—
Auszugtisch 290.—
Plüschsofa 550.—
Kompl. eichene **Schlafzimm. 3400.**—
Kompl. Küchen von 580.— an
Chaiselongues 220.—
Patentmatratze 192.—
Max Giesel, Brüderstr. 25

Frauen
wenn Ihre monatliche **Regel ausbleibt**
oder stockt, seien Sie ohne Sorge. Neuer Lebensmut bringt Ihnen einzig und allein nur meine neue Spezialität, **Sieg** über all andere welche den Sieg davonträgt. —
Kein Schwindel, wofür garantiert wird. Frauen, **alles** vergebl. versucht hatten, schreiben überraschende **Wirkung** selbst in hartnäckig. verzweifelt. hoffnungsl. Fäll. Geschäft.
Garantie für jeden **Fall**, **sonst Geld zurück.** Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. Diskreter Versand.
Frau E. Wollenweber,
Marburg (Elbe 240)
Ich übertreibe nicht! **Viele** frohe Danksagungen bestätigen den Erfolg.

Cafe Dessau
früher Central
Dessauer Straße Nr. 2
Ecke Friedr.-Wilh.-Str.
Täglich Künstler-Konzert
Telephon R. 1004
Paul Bach.

Reste J. A. Langstadt
200 Stück Herrenhemden aus Pa. Flanell jetzt 37,50
Serie I: 9,50 Hemdentuch Hemdenflanell Velour
Serie II: 12,50 Züchen Wäscheleinen Inlette
Serie III: 14,50 Blusenflanell Handtuchstoff Mousseline
sowie Restbestände in Wäschekonfektion zu fabelhaft billigen Preisen.
Unterröcke aus Pa. Flanell . . . 29,50
Frauenhemden aus Pa. Flanell 32,50
Beinkleider aus Pa. Flanell . . . 24,50
Damentaghemden a. Pa. Waschtuch . 35.— 28,50
J. A. Langstadt, Ohlauerstr. 66, a. Christophoripl.

Große Geld-Lotterie
zu Gunsten der
Kriegsgefangenen-Heimkehr
Ziehung: 23. Februar bis 1. März
26670 Gewinne, zusammen
1000000 Mk.
Haupt-Gew.: M 250 000
„ „ 100 000
„ „ 50 000
usw.
Lose zum amtlichen Preise von M 6.—, für Porto incl. Liste M 1.—. 10 Lose sortiert M 60.—
versendet
Lotterie-Geschäft
R. Oberländer
Altona, Gr. Bergstraße 140.
Hamburg 4, Seilerstraße.

Jeden Sonntag **Familien-Abend**
mit humoristischen und musikalischen Unterhaltungen, wozu ergebenst einladet
Solka, Lothenstr. 12/14.

Achtung! Distrikt 3a. Achtung!
Montag, den 14. Februar, abends 7 [Uhr]
sehr wichtige Distriktsversammlung
im Lokal Paschke's Restaurant, Kletschkaustr.
Es ist notwendig, daß sämtliche Mitglieder erscheinen.
Sehr wichtige Tagesordnung.
Der Distriktsführer.

Eine Propagandanummer
der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" erscheint Mittwoch, den 16. Februar 1921, in
Massenauflage
Anzeigen und Inserate finden die weiteste Verbreitung

Austrägerinnen
sucht
Sozialistischer Verlag, Nikolaistraße

Wir und die Exekutive.

Von Paul Levi.

Angesichts der Differenzpunkte, die augenblicklich zwischen der V.K.P.D. und dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bestehen, ist ein Punkt als feststehend vorauszuschicken. Das Exekutivkomitee muß in Moskau bleiben und kann nur in Moskau sein. Dies hängt untrennbar zusammen mit dem eigenen Charakter der Kommunistischen Internationale. Die Kommunistische Internationale ist der organisierte weltpolitische Wille des Proletariats. Was die Kommunistische Internationale von allen vorhergehenden internationalen Arbeiterassoziationen unterscheidet, ist das, daß in ihr das internationale Proletariat seine Weltgeltung erkämpft. Aus dieser Tatsache folgt, daß der Sitz der Exekutive nur dort sein kann, wo das Proletariat die Staatsgewalt erkämpft hat und kraft der Staatsgewalt in die Reihe der staatlichen Organisationen eingedrungen ist, zwischen denen der Kampf um die Weltgeltung sich abspielt. Wenn also die verschiedenen Auffassungen zwischen der V.K.P.D. und der Exekutive der Kommunistischen Internationale zehnmal größer wären, als sie sind: an dieser Tatsache kann nichts geändert werden. Der Sitz der Exekutive ist nicht bestimmt und kann nicht bestimmt werden von dem Willen der der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Organe, sondern wird allein bestimmt von dem revolutionären Zustand der einzelnen Länder. Erst wenn das Zentrum des proletarischen Kampfes um die Weltgeltung von Moskau weggerückt wäre, d. h. wenn etwa im westlichen Europa ein festgegründeter proletarischer Staat bestünde, könnte an dieser Form etwas geändert werden.

Die ganzen Differenzen, die sich erhoben haben, spielen sich also in diesem Rahmen ab. Daß es zu Differenzen kam, ist eine, man möchte fast sagen, natürliche Sache. Das hängt mit zwei Ursachen zusammen. Einmal: die verhältnismäßig lange Dauer der Uebermittlung von Nachrichten von Westeuropa nach Rußland. Zeitungen kommen spät an; Briefe müssen verhältnismäßig spärlich sein, und so fehlt dem Exekutivkomitee zwar nicht eine Uebersicht über die Tatsachen aus einem gewissen Abstand, aber der lebendige Zusammenhang mit den Kämpfen jeder einzelnen Stunde. Zu dieser Schwierigkeit kommt eine andere: es ist klar, daß der — man möchte sagen — Hunger nach Aktualität bei den russischen Genossen außerordentlich groß ist. Den Mangel, den wir eben schilderten, empfindet niemand mehr als sie. Sie sehnen sich nach jedem lebendigen Wort, das zu ihnen gesprochen wird, und aus diesem Grunde legen sie dem lebendigem Wort Vieler, auch Unberufener, nicht Gesandter, sondern Gekommener eine übermäßig große Bedeutung bei. Insofern deckt sich also ihre Anschauung der Dinge nicht immer mit der unsrigen.

Als zweite Ursache aber für jene Differenzen kommt in Betracht: die russischen Genossen beurteilen die Geschehnisse in einer Situation, die anders ist, als sonst auf der Welt. Sie beurteilen die Verhältnisse in der Situation der Inhaber der Staatsgewalt. Wir sagen ausdrücklich nicht aus der Situation der Inhaber der Staatsgewalt heraus: denn selbstverständlich sind sich die russischen Genossen dieses tiefgehenden Unterschiedes bewußt, aber die Umstellung des Gedankenganges von ihrer Situation auf unsere Situation ist schwer, und hierin mag die zweite Ursache der Mißverständnisse liegen.

Bei alledem erkennen wir selbstverständlich ohne weiteres an, daß das Exekutivkomitee bei allen Entscheidungen, die es trifft, nichts anderes im Auge hat, als die Förderung der ihm angeschlossenen Parteien. Aber das Exekutivkomitee hat ein klein wenig das Wort der Philine sich zu eigen gemacht: „Zwar nicht wenn, aber wie ich dich liebe — was gehts dich an?“ So haben sich denn in den vergangenen Monaten dann und wann die Liebesbeweise über unseren Häuptern entladen und hieraus ist eine Verschiedenheit der Auffassungen entstanden, die ausgesprochen werden muß, auf daß sie wieder verschwinde.

Zunächst zur Frage der K.A.P.D. Die Zentrale hat über die Frage der K.A.P.D. bereits früher Stellung genommen. Nicht alle Genossen waren mit dieser Stellung einverstanden. Wir können hier in diesem Zusammenhang nicht, wie wir es beabsichtigt hatten, zusammenfassend und eingehend allen Kritikern der Stellungnahme der Zentrale antworten, die in der „Roten Fahne“ bis jetzt zum Wort gekommen und die — leider — bis jetzt nicht zum Wort gekommen sind. Ein Teil der Kritiker aber hatte, als die Entscheidung des Exekutivkomitees kam, alles vergessen, was selbst das Exekutivkomitee gegen die K.A.P.D. aussprach. Sie sind der lebendigste Beweis für die Richtigkeit der Auffassung, die wir vertreten, daß gegenüber der Tatsache der Aufnahme alle Reservationen verschwinden und ein Teil dieser Kritiker ist plötzlich in eine gewisse Begeisterung für die K.A.P.D. verfallen, die ähnlich ist der Begeisterung jenes Balbinus, der selbst den Polypen in der Nase seiner Hagna noch anbetungswürdig fand.

Wir sind der Auffassung, daß diese Kritiker inzwischen durch das Verhalten der K.A.P.D. eines Besseren belehrt worden sind und daß sie auch zur Ueberzeugung gekommen sind, daß es besser gewesen wäre, man hätte die Dinge mit der K.A.P.D. sich ausreifen lassen. Wir wollen demgegenüber nur — zum wer weiß wie vielten Male — unsere Stellung präzisieren: Wir erkennen an, daß in der K.A.P.D. ein Teil ehrlicher revolutionärer und wertvoller Arbeiter sind, die ihren Wert durch die Treue bekundet haben, mit der sie einer Sache anhängen, die — war sie auch falsch — von ihnen für richtig gehalten wurde. Die K.A.P.D. enthält aber auch einen Teil von Elementen, die wir keineswegs als wertvoll erklären und wir rechnen zu ihnen zumal jene Schicht, die glaubt, im Namen der Arbeiter der K.A.P.D. das Wort und meistens das große Wort, führen zu können. Der Geist dieser Herrschaften hat für im allgemeinen nicht über die These hinausgeführt, daß Paul Levi die Revolution verraten habe und man braucht nicht das Gefühl für die Vergänglichkeit des eigenen Wirkens zu haben, das wir haben, um zu sagen, daß diese Theorie und dieses geistige Schmalz für eine proletarische Partei unzulänglich sei. Wir sind fest überzeugt, daß, hätte man die Dinge in der K.A.P.D. sich ausreifen lassen, jene Arbeiter zum übergroßen Teil heute bei uns wären. Geschehenes kann man nicht ungeschehen machen. Ist die K.A.P.D. als sympathisierende aufgenommen, so ist es Pflicht der Exekutive, auf die Verwirklichung der Bedingungen zu drängen, die die Exekutive der K.A.P.D. gestellt hat und wir brauchen keinem deutschen Leser zu sagen, worin sie die Bedingungen verletzt haben.

Weiter die Frage der Arbeiterunion und der Syndikalisten. Was die Zusammensetzung der Arbeiterunion angeht, so trifft auf sie in größerem Umfange das zu, was wir bezüglich des proletarischen Teiles der K.A.P.D. gesagt haben. Was dagegen die Syndikalisten angeht, so beruht unseres Erachtens die ganze Wertung, die in der Aufnahme dieser Gruppe in die Rote Gewerkschaftsinternationale liegt, auf einer völligen Verkennung der Haltung der Syndikalisten und ihrer Bedeutung für die deutsche Revolution.

Kurzum, die Syndikalisten sind in die Rote Gewerkschaftsinternationale aufgenommen worden und die Beziehungen zu den Arbeiterunionen blieben nicht ganz klar. Die Wirkungen dieses Zustandes sind leidige und viel schwerer, als die Aufnahme der K.A.P.D. Denn die Deutsche Kommunistische Partei befindet sich im schwersten Kampfe, den sie bisher innerhalb der Gewerkschaften zu führen hatte.

Die deutsche Gewerkschaftsbürokratie ist zum offenen organisierten Kampf gegen die Kommunisten übergegangen. Erhalten in dieser Situation die Kommunisten keine feste Verankerung innerhalb der Gewerkschaftsmassen, so wird die Gewerkschaftsbürokratie in diesem Kampf vorläufig siegen. Es galt also, alles daran zu setzen, um in den Gewerkschaften fest verankert zu bleiben, und alles zu meiden, was über das wahre Wesen der Roten Gewerkschaftsinternationale ein falsches Licht verbreiten könnte. Wenn nun die Unionisten, und vor allem die Syndikalisten, in die Rote Gewerkschaftsinternationale aufgenommen wurden, so entstand eben innerhalb der Massen in den deutschen Gewerkschaften ein falsches Bild. Die Unionisten gelten nun einmal als die „Spalter“ und die Syndikalisten haben von alters her in der deutschen Gewerkschaftsbewegung einen schlechten Kredit gehabt, und innerhalb der deutschen Gewerkschaften kann man einer Sache mit nichts mehr schaden, als wenn man sie als „syndikalistisch“ hinstellt. Diese Dinge scheinen uns bei der Aufnahme der Syndikalisten und Unionisten nicht genügend berücksichtigt worden zu sein, und so stehen unsere Genossen heute in dem schweren Kampf, den sie innerhalb der Gewerkschaften führen, vor dem Schlagwort, das ihnen entgegengeworfen wird — und mit Wirkung entgegengeworfen wird: „Die Rote Internationale, das sind die Syndikalisten!“ Darin liegt eine außerordentliche Erschwerung des Kampfes unserer Genossen und eine Erschwerung, die sie — wie gesagt — im kritischsten Augenblicke trifft. Auch hier kann man Geschehenes nicht ungeschehen machen. Das Exekutivkomitee aber hat nach unserer Auffassung die Pflicht, den Schaden zu wenden, der durch seine Maßnahme angerichtet

Das Album.

Der Vater der Familie.

Kürzlich hat irgend ein Bourgeoispolitiker sich den Kopf zerbrochen über die weltbewegende Frage, wer künftig den Präsidentenstuhl der deutschen Republik einnehmen solle. Der Schluß war überraschend. Fritz Ebert ist seiner Ansicht nach, wie die Dinge nun einmal liegen, der einzig in Frage kommende Mann.

Welch eine Wertschätzung! In der Zeit tiefster Not, in der Zeit, die ungeheure Entschlüsse, großzügige Politik, Verantwortungsfreude sonder Beispiel fordert, in dieser Zeit ist nur einer würdig an der Spitze des Reiches zu stehen, Fritz Ebert. Ein anderer Friedrich der Einzige. Der Unvergleichliche, Unersetzliche. Welch eine Wertschätzung!

Indessen die Gründe, die ihn allein geeignet und würdig machen, Wilhelm den Letzten zu ersetzen? Die Gründe sagen, daß Fritz es vorzüglich verstanden habe, vergessen zu machen, daß er der Sozialdemokratie entstammt, und daß er doch noch ein Bindeglied zur Arbeiterklasse darstelle, sie beruhigen könne durch seine bloße Existenz als Präsident. Sie sagen weiter, daß jede starke Persönlichkeit irgend welcher Richtung und Partei sofort solch heftigen Widerstand herausfordern müsse, daß ein Arbeiten nach parlamentarischen Prinzipien unmöglich würde. Das Prinzip unserer Tage heißt juste milieu, die Politik ist die Wurstelei. Für solche Zeiten braucht man Männer, wie Ludwig Thoma die offiziellen Kandidaten bei den Hottentottenwahlen charakterisierte: Männer, die nicht zu ausgeprägt nationalliberal sind. Das heißt, Männer ohne politisches Profil, ohne Charakter, ohne Prinzip, die sich anpassen, Mollusken, Nullen. Das alles ist Fritz Ebert. Alle negativen Eigenschaften für seine Art bringt er mit. Auch eine positive von hohem Wert. In diesen Zeitläuften, wo alles politische Wesen unklar, verschwommen, heuchlerisch, Lüge, Betrug und Tücke ist, wo keine Regierungspartei heute weiß, was sie morgen tun wird, wo alles wankt und nur der Schwankende auf den Beinen bleibt, da ist die politische Schiebung das vorzüglichste Mittel der Staatskunst. Und Fritz Ebert ist ein Schieber comme-il-faut.

Fürwahr, er hat es verstanden. Vom Fliegenwirt in Bremen zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum Bebel-Ersatz, zum Präsidenten der deutschen Republik.

Es wird erzählt, daß man auf Eberts Fähigkeiten aufmerksam wurde, nachdem er die Arrangements für den Bremer Parteitag so trefflich vorbereitet hatte. Ein guter maitre de plaisir. Im nächsten Jahre saß er im Vorstand. Als er zum ersten Male den Parteitag präsidierte, leitete er sein Schlußwort mit der befriedigten Feststellung ein, die Vertreter des Proletariats seien in Jena ganz gut untergebracht gewesen. Der Budiker brach immer wieder durch. Mit Haase war er zu gleichen Rechten zum Vorsitzenden gewählt worden. Durch ein geschicktes Wort machte er sich aus eigenem Recht zum ersten Vorsitzenden der Partei. Das verstand er. In den Parteistreitigkeiten spielte er nie eine Rolle. Dazu hatte er zu wenig Kenntnisse, zuviel Schläue. Von rechts wie von links war er immer gleich weit entfernt. Aber hinter den Kulissen zu wirken, diesen oder jenen vorzuschicken oder vorzuschieben, diesem oder jenem ein Bein zu stellen, hier einen Schachzug, dort einen Trick zu machen, dazu war er der Mann. Stets wußte er, wo die Mehrheit stehen würde, und dort stand auch er. Nie entschied er sich, ehe das Terrain rekognosziert war. Und so, ohne je hervorzuragen, ohne die Eifersucht anderer zu kränken, ohne anzurecken, stieg er von Stufe zu Stufe bis zum Präsidenten.

Sein Ziel hatte er ins Auge gefaßt und das verfolgte er strebsam und zäh. Fast hätte er sich durch Ungeduld einmal die Chancen verdorben. Das war an jenem 6. Dezember 1918, den er für seinen 18. Brumaire hielt. Alles war ausgezeichnet vorbereitet. Das Militär war in Gestalt einer Kompagnie zur Stelle, für die Verhaftung des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte war das Nötige getan. Das Gemetzel unter den Arbeitslosen sollte zeigen, daß der neue Diktator verstand, sich Respekt zu verschaffen. Er wollte Weltgeschichte spielen. Ein Feldwebel bot ihm die Krone und er kopierte Cäsar. Aber nur eine Operette kam zustande und das einzig Tragische waren die Arbeiterleichen auf der Straße. Und Arbeiterleichen zeigten von diesem Tage an den Weg, den er geschritten war. Das Unterzeichnen von Todesurteilen gegen Arbeiter, die seine Herrlichkeit gerettet, ward die stärkste Leistung des Renegaten.

Als nach der Juniwahl die Sozialdemokraten die Regierung verließen, erhob sich die Frage, ob auch Fritz Ebert die Konsequenzen zu ziehen, das Präsidium niederzulegen habe. Diese revolutionäre Partei entschied, er habe zu bleiben. Es sei von unschätzbarem Wert, einen zu haben, der jederzeit die Tips geben und die Partei bloßstellen könne. Vielleicht wollte auch Fritze nicht. Was ging ihn die Partei noch an, auf deren Schultern er hinaufgeklettert. Oben mußte er bleiben, sein Schloß mit der pompösen Ausstattung des Revolutionsgewinnlers behalten und sich im Glanze seiner Würde sonnen.

So sehen wir ihn denn regieren, ewig lächelnd. Lächelnd steigt er auf die Leipziger Messe umher, lächelnd hört er Antrittsvorlesungen und Eröffnungsreden, lächelnd konferiert er mit den Gewaltigen des Kapitals, lächelnd empfängt er die Gesandten, die dem deutschen Volke die Schlinge des Ententekapitals über den Hals werfen sollen, wie er lächelnd mit faden Phrasen seine Gäste beim Tee zum Besten der verhungernden Kinder unterhält. Er ist der ewig Lächelnde, ewig Verbindliche, der geschäftstüchtige Wirt, welcher unparteiisch sein Lokal jedermann öffnet. Er ist der Präsident der Republik, deren Stützen sind Stinnes, die Schieber, die Orgesch und die Sozialdemokratie.

Wenn er aber das Wesen der Ebert-Republik und der Ebert-Partei deutlich charakterisieren will, dann läßt er sich photographieren zusammen mit Noske und nackt. **Paul.**

Paeplow.

Herr Paeplow ist ein starker Mann.
Was er nicht kann! Was er nicht kann!
Im „Grundstein“ reißt er auf das Maul —
So harmlos ist kein Droschkengaul.

Die Heckert, Brandler und Konsorten,
Hetzen und „spalten“ allerorten,
Wo soll das hin? Wo soll das her?
Herr Paeplow setzt sich kühn zur Wehr:

In einem Ukas, der verfügt,
Wer nicht so wie der „Grundstein“ lügt,
Dem wird das Mitgliedsbuch genommen,
Mag alles auch „drunterunddrüber“ kommen!

Die Bauarbeiter hörten das.
Wie wurde da der Starke blaß!
Denn beinah' jede Ortsverwaltung
Verdammte Paeplows dreifte Spaltung.

„Chemnitz muß raus aus dem Verband!“
Schnaubt wuterfüllt der Hauptvorstand. —
Doch statt im „Grundstein“ feitzusitzen,
Sieht man auf — Grundeis Paeplow schwitzen!

Havelok.

worden ist, und kann das nur tun dadurch, daß es den wahren Charakter der Roten Gewerkschaftsinternationale, die nicht die Spalterin, sondern die Kräftigerin der Gewerkschaftsbewegung ist, deutlich klarlegt.

Weiter kommt hinzu die italienische Frage, die ja keine italienische Angelegenheit ist, sondern immerhin jede einzelne der Internationale angeschlossene Partei betrifft. Wir müssen uns hier das Vergnügen untersagen, auf die drei Artikel des Genossen P. B. so einzugehen, wie sie es verdienen. In diesen drei Artikeln konzentriert der Verfasser seinen ganzen Kampf auf die Gruppe, namentlich aber auf die Person von Serrati und verliest ein langes Register wider denselben und seine Geschwister". Wir wollen diesen Artikeln gegenüber nur folgendes feststellen: Erstens: sämtliche Tatsachen, die der Verfasser in den Artikeln anführt, sind ihm und den ihm nahestehenden Personen bereits an dem Tage bekannt gewesen, als unsere Auffassung über die italienischen Dinge durch Besprechung festgelegt wurde. Wir können aus Artikeln, die damals jedermann bekannt waren, an sich keinen Grund nehmen, eine gebildete Meinung zu ändern. Zweitens: Wir wissen, daß in der italienischen Partei in den Kreisen unserer engeren Freunde eine große Mißstimmung gegen Serrati und seine Gruppe besteht, und als Grund für diese Mißstimmung unter anderem auch angeführt wird das Verhalten der Gruppe Serrati — Serrati selbst war damals mit Bombacci und Bordiga in Rußland — anläßlich der Fabrikbesetzungen. Wir können dieses Argument nicht ohne weiteres gelten lassen. Wir haben jederzeit, nicht nur in Italien, sondern auch in anderen Ländern, die Auffassung vertreten, daß derjenige seine Qualifikation als Kommunist besten Schlages noch nicht erbracht habe, der nach einem Ereignis rollenden Auges und mit bebenden Nasenflügeln feststellt: der und der, oder die und die haben die Bewegung verraten! Wir verlangen mindestens, daß derjenige, der so tut, gleichzeitig erklärt, an welchem positiven Akt er durch den Verrat verhindert worden ist. Und so müssen wir auf die lebhafte Anklage der italienischen Kommunisten gegen die Gruppe Serrati mit der Frage beantworten: woran sind sie dadurch verhindert worden, daß die Gruppe Serrati zur Zeit der Fabrikbesetzungen mit ihnen zusammen in einer Partei war? Uns dünkt, die Antwort hierauf sei schwer, und so wird als Entschuldigung dafür gebracht, daß sie, die Kommunisten, auf einen wirklich entscheidenden Gedanken nicht hätten kommen können, weil sie eben noch nicht gespalten gewesen und somit noch nicht auf eigenen Füßen gestanden hätten. Sie wären also sozusagen noch in der „Finsternis-Beschaffung" durch die Gruppe Serrati gewesen. Auch das Argument können wir nicht gelten lassen. Wem innerhalb einer Partei die Kraft zu eigenen positiven Vorschlägen fehlt, dem kann nicht die Kraft zugedacht werden, daß er sie haben werde, wenn er von einer Partei losgelöst sei. Drittens aber geht die Darstellung in den drei Artikeln an dem Kern der ganzen Angelegenheit vorbei.

Das eine Spaltung in Italien notwendig sei, war jedem von uns klar, und wir selbst haben die Notwendigkeit der Spaltung in Italien öffentlich und privat in jeder Weise betont. Es war ein Unding, daß die offenen Reformisten weiter innerhalb der Kommunistischen Partei Italiens bleiben konnten. Die Spaltung mußte auch sofort offen und unmittelbar herbeigeführt werden. Das war im Interesse der Klärung innerhalb der italienischen Partei unbedingt erforderlich. Wenn wir die Auslassung des Exekutivkomitees richtig verstanden haben, war das auch seine Meinung, und wir glauben bis auf weiteres nicht, daß die wirkliche Meinung des Exekutivkomitees mit der Auslassung des italienischen Vertreters des Exekutivkomitees identisch sei. Nämlich: Nicht Spaltung von der Gruppe Turati, sondern Spaltung von der Gruppe Serrati! Dieses ist der Kernpunkt der ganzen Angelegenheit, und nach wie vor erklären wir: Die Spaltung von der Gruppe Serrati war nicht richtig! Es war zu versuchen, unter Anwendung größten Drucks sie von der Gruppe Turati zu trennen und nicht von vornherein es auf die Spaltung von der Gruppe Serrati anzulegen.

Weil bei dem Vertreter des Exekutivkomitees in Italien diese, nach unserer Auffassung falsche Einstellung obwaltete, sind Unterlassungen vorgekommen, die nicht hätten vorkommen dürfen. Als solche Unterlassungen sehen wir zweierlei an. Einmal: Es war von gewisser Seite die Anregung gegeben worden, eine Resolution abzufassen, die zwar den Ausschluß der Turati-Gruppe verwirklichte, aber eine gewisse Konzession in der Form an die Gruppe Serrati enthielt. Auf diese Anregung mußte, nach unserer Auffassung, unbedingt eingegangen werden. Sie bot die Möglichkeit, die Turati-Gruppe abzuspalten und trotzdem mit der Gruppe Serrati in Fühlung zu bleiben. Die andere Unterlassung war die, daß man der Gruppe Serrati gegenüber auch im Wortlaut völlig unrasiert blieb. Man verlangte von ihr die Annahme der Resolution Bombacci-Bordiga „telle-quelle", so wie sie war, ohne ein Komma zu ändern. Auch das halten wir für unrichtig. Wir verlangten völlige Unnachgiebigkeit in der Sache, Ausschluß von Turati und seiner Gruppe, aber eine gewisse Schmiegsamkeit, ein gewisses Entgegenkommen an die Gruppe Serrati in der Form. Wir sehen in der Abspaltung von der Gruppe Turati die Sache und in allem anderen das Mittel dazu.

Eine gewisse Differenz besteht nun freilich in der Einschätzung der Gruppe Serrati. Wir denken nicht daran, uns in einen Streit über die Person von Serrati einzulassen. Es mag sein, daß alle scharfen Kritiker der Person Serrati recht haben — wir sind noch nicht davon überzeugt —, und wir geben somit für diesen Augenblick die Person Serrati völlig preis. Dann bleibt trotzdem die Tatsache, daß innerhalb der Gruppe Serrati jener Teil der Arbeiter ist, die wir von Deutschland her als die „linken Unabhängigen" bezeichnen. Für uns in Deutschland war die Wiedervereinigung mit den Massen der linken Unabhängigen, die wir im Januar 1919 verlassen hatten, ein langer und nicht sehr leichter Weg. In Deutschland damals sprachen alle objektiven Umstände für eine Spaltung auch von den Massen der linken Unabhängigen. Unabhängige Massen waren in offener Revolte gegen ihre eigene Parteiführung. Die Unabhängigen demonstrierten gegen ihre eigenen Parteiführer in der Regierung. Wir waren in der Aktion. Die Aktion ging rasch und steigerte sich von Schlag zu Schlag. Trotzdem hat sich objektiv im Lichte der späteren Ereignisse die Trennung von diesem linken Flügel der Unabhängigen als nicht richtig herausgestellt.

In Italien nun spricht kein einziger dieser objektiven Momente für die Trennung von den Massen, die dort dem linken Flügel der Unabhängigen entsprechen. Wir befürchten, daß mit der Trennung auch von diesen Massen sich die Kommunisten Italiens eine außerordentlich schwere Aufgabe aufgebürdet haben, eine Aufgabe, von der wir hoffen möchten, daß sie nicht zu schwer für sie sei. Soweit aber eine Partei innerhalb der Internationale für eine andere Art von Lehren sammelt, schien es uns nötig, den italienischen Genossen die Lehre vermitteln zu müssen, daß man nicht leichthin die Fühlung mit diesen Massen, die der linken Unabhängigen entsprechen, aufgebe. Aus diesen Erwägungen heraus ist es unser Wunsch, daß die Exekutive die Verhandlungen mit dem entsprechenden Teil der Gruppe Serrati aufnehme und sie nicht innerhalb des italienischen Proletariats, wenn auch völlig zu Unrecht, in einen Schein gerate, der auch über die italienische Grenze hinaus nicht förderlich wirken würde.

Das sind die sachlichen Differenzpunkte. Es ist notwendig, daß diese Differenzpunkte erörtert werden, und es ist notwendig, daß die Exekutive das würdige, und wir hoffen, daß, zumal auf dem Wege der organisatorischen Aenderung, der wir vorschlagen, es gelingen wird, das Band enger zu knüpfen, das uns und die Exekutive miteinander verbindet.

Zur Preußenwahl.

Müssen die Arbeiterfrauen und -töchter zur Wahl gehen?

Am 20. Februar finden in Preußen abermals die Wahlen statt. Bleibt uns mit euern Wahlen vom Halse! werdet ihr sagen, ihr arbeitenden Frauen und Töchter des Proletariats; was nützen uns die Wahlen? Denn trotz allen Wählens wird die Not größer und immer größer. — Gewiß, alles dieses stimmt. Aber vergiß nicht, daß das kämpfende Proletariat auch die Parlamentstribüne als Kampfmittel mit benutzen muß und von dieser Tribüne müssen unsere Genossen zum Volke sprechen, die kommunistischen Ideen ausbreiten. Das Volk wird danach handeln und die heutigen Gesetzesmacher zum Teufel jagen, um ein neues Recht aufzubauen. Denn wenn wir Kommunisten nicht dazu Stellung nehmen, bringt es die Junkerklique fertig, das Volk wieder in den Krieg zu hetzen. Noch sind die grausamen Wunden nicht geheilt, die Tränen der Witwen und Kinder nicht getrocknet; hast du deinen Mann zurückbekommen, dann ist er ein Krüppel oder trägt ein innerliches Leiden. Betrachte deiner Kinder fahles Gesicht, sieh, wie sie zittern und frieren, weil sie so blutarm sind, denn sie haben im Kriege viel entbehren müssen und müssen es heute erst recht. Diese Entbehrung ist heute um so schmerzlicher, weil alles zu haben ist. Aber du, vielgeplagte Mutter, hast kein Geld, deinen Kindern das Notdürftigste zu kaufen. Du betrachtest mit deinen Kindern sehnsüchtig die Schaufenster, hältst den letzten Fünfmarkschein zusammengepreßt fest in der Hand. In demselben Augenblick betritt eine wohlhabende Dame mit zwei Kindern den Fleischerladen. Sie kauft Fleisch, Schmalz, Wurst, kalten Aufschnitt, wie im Frieden, und geht fröhlich nach Haus. Und was machst du, liebe Genossin? — Du hältst die Hand immer noch zusammengepreßt und dein Mutterherz krampft sich zusammen und bittere Tränen rollen über deines Kindes Antlitz. Doch wisch ab deine Tränen, komm, fasse Mut! Wir Frauen und Mädchen wollen uns zusammenscharen und uns ein besseres Los erkämpfen.

Liebe Genossin! Warum nannte ich die Frau, die all das Schöne kaufte, „Wohlhabende Dame"? Du wirst sagen: Weil sie das Geld hat. Sehr richtig, weil sie Geld hat, und wo hat sie das Geld her? Dein Mann wird für seine Arbeit nicht genug entlohnt. Er bekommt nur einen Teil seiner Arbeitskraft bezahlt. Den andern Teil nimmt der Kapitalist für sich in Anspruch. Er glaubt sich im Recht, glaubt noch, daß er doch für seine Arbeiter sorgt und glaubt, für sich und seine Familie mehr aufwenden zu müssen als der Arbeitende. Denn er besitzt eine Frau, die viel mehr Ansprüche macht als du und deine Schwestern. Siehst du, liebe Genossin: Von deines Mannes Fleiß und Arbeit nährt sich des Kapitalisten Frau, besser als du, trotz aller Arbeit. — Daher erscheint sie dir als „wohlhabende" Dame. Wer gibt ihr das Recht, soviel mehr zu besitzen und dich als minderwertiges Geschöpf zu betrachten? Sind wir es nicht selber, die diesen Damen dies Recht einräumen?

Nur durch unsere Unterwerfung und Demut stärken wir den Hochmut und das protzenhafte Auftreten dieser Damen. Je gefügiger die Frauen und Mädchen bei ihrer Arbeit sind, um so sicherer fühlen sie sich in ihrem Genießen, in ihrem Hochmut und in ihrer Herrschaftsgewohnheit.

Aber jetzt, vor der Wahl, fühlen sich die Damen mit der Aufwartung und dem Dienstmädchen eins und unterhalten sich mit ihnen; schenken ihnen auch eine Kleinigkeit und erzählen, daß die Kommunisten Verbrecher sind und alles kaputtschlagen wollen, womit sie die unaufgeklärten Frauen und Mädchen abschrecken, eine kommunistische Liste zu wählen.

Dasselbe geschieht auch auf dem Lande; überall dort, wo unsere Landagitatoren hinauskommen und unsere Ideen propagieren, werden sie von den Großgrundbesitzern und Pfaffen, die sich in den Dienst der Besitzenden stellen, bekämpft und als Spitzbuben hingestellt. Dies alles nur, weil sie dem Volke die Wahrheit sagen und das Landproletariat auf sein trauriges Los aufmerksam machen. Das Landproletariat soll weiter in seiner Dummheit erhalten bleiben, heißt es doch: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat!"

Sehr oft sind es die Pastoren, die die geistige Gewalt mißbrauchen. In katholischen Gegenden kommt es vor, daß die Frauen, welche kommunistischen Versammlungen beiwohnen, es in den nächsten Tagen dem Herrn Pfarrer beichten müssen. So ziehen sie es oft vor, gar nicht derartige Versammlungen zu besuchen. Ihr Frauen und Mädchen, die ihr auf dem Lande wohnt und von früh bis spät arbeiten müßt, sagt solchem Pfarrer, daß ihr an seiner Stelle lieber eine Hebamme oder Krankenpflegerin wünscht, denn diese tun euch weit mehr Dienste. Denn oft genug kommt es vor, daß die Landarbeiterfrau in Kindesnöten stundenlang liegen muß, bevor sie Hilfe bekommt.

Wie die körperliche braucht ihr aber auch geistige Nahrung. Euern Geist stärkt ihr am besten, wenn ihr kommunistische Schriften lest und kommunistische Versammlungen besucht. Nur hier, ihr lieben Frauen und Mädchen, wird euch die Wahrheit gesagt, die den Arbeitenden not tut.

Ihr Frauen und Mädchen, Kopf hoch! Laßt alle Demut schwinden, geht stolz erhobenen Hauptes am 20. Febr. zur Wahl und wählt die Liste der Kommunisten, denn diese gehen in das Parlament, um das Spiel, das dort getrieben wird, zu enthüllen und dem Arbeiter zu zeigen, wie hinter den Kulissen zwischen Kapitalisten und Sozialisten gekuhhandelt wird.

Severings mißglücktes Wahlmanöver.

Der „abgesetzte" Priesdorf stäupt Severing.

Der Sipooberhäuptling von Priesdorf, von Herrn Severing „beurlaubt", setzt sich zur Wehr. Man hat ihn als Orgeschverschwörer zu entlarven gesucht. Er kehrt, umbrandet vom Beifall der Rechtspresse, den Spieß um und stellt entgegen den behutsam andeutenden Vorwürfen der Regierung fest:

> Meine sehr anstrengenden Besichtigungsreisen habe ich stets auf Anordnung des Ministers und nach Vorlage der von mir entworfenen Programme unternommen. . . .
>
> Daß mir zu Unterstützungszwecken private Gelder zur Verfügung gestellt waren, und daß ich darüber nach streng sachlicher Prüfung jedes einzelnen Falles verfügte, ist dem Minister seit vielen Monaten bekannt gewesen, z. B aus einem Schreiben vom 19. Juni. Es ist niemals ein Einwand dagegen erhoben worden. Erst am 5. Januar d. J wird mir plötzlich in einem von Herrn Dr. Abegg verfaßten Schreiben darüber Vorhaltung gemacht, auf meine eingehende Erwiderung vom 11. Januar habe ich bisher keine Antwort erhalten. . .
>
> Ich habe bei der Beantwortung stets dieselbe Stellung eingenommen, wie dem Minister selbst gegenüber, zu einer Stellungnahme gegen die Regierung war überhaupt keine Veranlassung. Ich habe niemals gegen die Person des Ministers intrigiert. . .
>
> Meine Ansprachen, die stets stenographisch aufgenommen wurden, mögen veröffentlicht werden, um den unerhörten Vorwurf der Aufwiegelung der Beamten gegen ihre Vorgesetzten zu begründen. Es wird sich im Gegenteil aus ihnen ergeben, daß ich stets aufs schärfste Aufrechterhaltung der Disziplin und der Staatsautorität betont habe, allerdings zu diesem Zwecke jede parteipolitische Verhetzung von den Beamten fernhalten wollte. Mir ist niemals eine der angeblichen vielen Beschwerden zu der üblichen Aeußerung vorgelegt worden.

Herr von Priesdorf bestätigt hier alle Vorwürfe, die ihm das preußische Ministerium heute macht. Er hat aber vollkommen recht, sich über seine Entlassung zu wundern. Sie wird erst verständlich, wenn man das politische Fiasko der Scheidemannpartei und die Preußenwahlen in den Kreis der Betrachtung zieht und zu folgendem, für den „starken Minister Severing erbärmlichen Resultat kommt: Zwei Jahre lang sitzen die Scheidemänner in der preußischen Regierung, zwei Jahre lang haben sie den Konterrevolutionären Tür und Tor geöffnet, Waffen und Justiz, Universität und Schule in die Hände gespielt. Der Minister Severing hat genau gewußt, daß Priesdorf über unkontrollierte Gelder verfügte, er hat genau gewußt, welche Ansprachen Priesdorf zu halten pflegte — und hat ihn selbst auf Reisen geschickt, nach dem von Priesdorf entworfenen Programm. Ja, der Minister Severing weiß genau, daß die ganze Sipo voll steckt von denselben Typen, daß sein Ministerium mit gleichdenkenden und gleichhandelnden Geheimräten besetzt ist — und schweigt dazu. Der Fall Priesdorf sollte dem zur Wahlurne schreitenden Proletariat den „sozialistischen" Minister in vollem Glanze zeigen. Es zeigt ihn: ein trauriges Werkzeug der Gegenrevolution, ihr Mitwissender und Mitwirkender, blamiert bis auf die Knochen.

Kohlenpreiserhöhung — nach den Wahlen.

Seit langem laufen die Zechenbarone Sturm, um bei der Regierung abermals eine Kohlenpreiserhöhung durchzudrücken. Noch immer hat die Regierung nach einigem Sträuben bewilligt. Diesmal dauerte die Sprödigkeit auffällig lange. Die Erklärung hierfür wird offenbar aus dem Entschluß der Regierung, die Entscheidung über die vom Großen Ausschuß des Reichskohlenrats und vom Reichskohlenverband beschlossene und von der Regierung einstweilen beanstandete Kohlenpreiserhöhung zu verschieben — — bis nach den Preußenwahlen. Die Vollversammlung des Reichskohlenrats, vor der die Regierung erneut Stellung nehmen soll, findet am 24. Februar statt.

Die Regierungsparteien hüten sich, die kleinbürgerlichen Schichten, auf die sie sich stützen, schon vor der Wahl zu schrecken durch die Erhöhung der Kohlenpreise, die den Konsumenteninteressen ihrer Wähler ins Gesicht schlägt. Erst nach der Wahl soll die Maske fallen. Doch stimmt die Rechnung der Regierung nicht, denn die Stimmenmehrheit im Parlament wird der fortdauernden Umschichtung der durch die Taten der Regierung aus ihren Träumen geschreckten Wählermassen nicht aufhalten und ihrem Ansturm nicht standhalten können.